

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Barbara Koller

Aussiedler der großen Zuwanderungswellen
– was ist aus ihnen geworden?
Die Eingliederungssituation von Aussiedlerinnen und
Aussiedlern auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunkt-heft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Aussiedler der großen Zuwanderungswellen – was ist aus ihnen geworden?

Die Eingliederungssituation von Aussiedlerinnen und Aussiedlern auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland

Barbara Koller*

Die mit Abstand höchsten Zuwanderungszahlen in der Geschichte der Aufnahme von Aussiedlern in Deutschland waren mit jeweils fast 400 000 Personen in den Jahren 1989 und 1990 erreicht worden. Seitdem geht die Aussiedlerzuwanderung, bedingt durch gesetzliche Regelungen und auch durch Entwicklungen in den Herkunftsländern, kontinuierlich zurück. 1996 wurden rund 178 000 Aussiedler aufgenommen.

In diesem Beitrag geht es um die berufliche Eingliederung der Aussiedlerinnen und Aussiedler, die in der Zeit der großen Zuwanderungswellen nach Deutschland gekommen waren. Ihr Eingliederungsverlauf wurde durch eine Längsschnittstudie mit 3 Erhebungswellen, basierend auf einer repräsentativen Stichprobe von Deutschkursteilnehmern in der Zeit von 1991 bis Ende 1993 begleitet. Gegenstand des Beitrags ist die Eingliederungssituation zum Zeitpunkt der dritten Erhebungswelle. Sie wird auf dem Hintergrund der Verhältnisse in Deutschland betrachtet, da diese den Standard für die Eingliederung in wirtschaftlicher Hinsicht bilden.

Die meisten Aussiedler bringen geringe Deutschkenntnisse und berufliche Erfahrungen und Kenntnisse mit, die wenig auf die Arbeitsplatzanforderungen in Deutschland abgestimmt sind. Dessen ungeachtet fanden Männer, die zu Beginn der neunziger Jahre nach Deutschland gekommen waren, relativ rasch einen Arbeitsplatz; Aussiedlerinnen dagegen hatten weitaus größere Probleme. Ende 1993, gut zwei Jahre nach Beendigung des Deutschkurses waren 79% der Männer und 54% der Frauen in Arbeit. Die Arbeitslosenquote betrug für die Frauen, von denen sich viele bereits vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hatten, knapp 26%, für die Männer 14%. Weitergehende Analysen ergaben, daß die Chance, in Arbeit zu kommen, bei den Aussiedlern, abgesehen vom Geschlecht, im Prinzip von den gleichen Faktoren bestimmt wird wie bei Einheimischen: Vom Alter, der beruflichen Qualifikation und schließlich auch von den Deutschkenntnissen.

Der Einfluß der beruflichen Qualifikation auf die Eingliederungschancen ist insofern erstaunlich, als die meisten Aussiedler nicht in ihrem früheren Beruf unterkommen. Weniger als ein Drittel fand eine Beschäftigung im weiteren Bereich des früheren Berufsfeldes, und jene, die das Berufsfeld wechseln mußten, hatten meist Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen. Allerdings hatten gut qualifizierte Personen, und zwar solche mit Universitätsausbildung, bessere Chancen auf Beschäftigung im Berufsfeld des Herkunftsberufs. Mehr als 50% waren im früheren Berufsfeld eingesetzt, während bei allen anderen Qualifikationsgruppen der Anteil weitaus niedriger war.

Obwohl viele Aussiedler in beruflicher Hinsicht Abstriche machen mußten, war die Zufriedenheit mit der neuen Lebenssituation insgesamt sehr groß. 81% der Aussiedler sagten, sie hätten die Aussiedlung so gut wie nie bereut, wobei vor allem bemerkenswert ist, daß der Anteil von Personen, die von der Richtigkeit der Aussiedlungsentcheidung überzeugt waren, von der ersten bis zur dritten Erhebungswelle kontinuierlich angestiegen ist.

Gliederung

- 1 Die Zuwanderung von Aussiedlern. Hintergrund, rechtliche Voraussetzungen und Umfang
- 2 Die IAB-Längsschnittstudie zur beruflichen Eingliederung von Aussiedlern: Anlage und Durchführung der Untersuchung
- 3 Das Eingliederungskonzept der Migrationsforschung und die Lebensumstände der Aussiedlerinnen und Aussiedler in Deutschland
 - 3.1 Die Bedeutung von „Eingliederung“ in der Migrationsforschung
 - 3.2 Deutschkenntnisse
 - 3.3 Die Lebensverhältnisse in Deutschland: Soziale Netzwerke, Wohn- und Familiensituation, Versorgung mit Konsumgütern
 - 3.4 Eingewöhnung, Zufriedenheit mit dem Leben in Deutschland
- 4 Aussiedlerinnen und Aussiedler auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland
 - 4.1 Beschäftigten- und Arbeitslosenquoten
 - 4.2 Welche Faktoren haben Einfluß auf die Beschäftigungssituation?
 - 4.2.1 Soziodemographische Merkmale
 - 4.2.2 Qualifikation
 - 4.2.3 Herkunftsberufe
 - 4.2.4 Die spezielle Situation als Zuwanderer: Deutschkenntnisse, Herkunftsland und soziale Netzwerke

* Dr. Barbara Koller ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autorin.

- 4.3 Das Zusammenwirken der Einflußfaktoren - Ergebnisse der multivariaten Analyse
- 4.4 Welche Beschäftigungsverhältnisse haben Aussiedlerinnen und Aussiedler? Wie gut sind sie eingegliedert?
- 4.4.1 Die Art des Arbeitsvertrags
- 4.4.2 Die Art der Tätigkeit
- 4.4.2.1 Wovon hängt es ab, ob Aussiedlerinnen und Aussiedler eine Beschäftigung im mitgebrachten Berufsfeld oder auf berufsfremdem Gebiet haben?
- 4.4.2.2 In welche Tätigkeiten wechseln Aussiedlerinnen und Aussiedler, die berufsfremd eingesetzt sind?
- 4.4.3 Einkommen
- 4.4.4 Welche Faktoren haben Einfluß auf die Höhe des Einkommens? Ergebnisse der multivariaten Analyse
- 4.4.5 Eingliederung in Arbeit und Höhe des erzielten Einkommens - ein Vergleich
- 5 Zusammenfassende Betrachtungen: Eingliederung als Prozeß und Zielzustand. Wie weit sind die Aussiedler auf diesem Weg? Wie wird es weitergehen?

Literatur

1 Die Zuwanderung von Aussiedlern. Hintergrund, rechtliche Voraussetzungen und Umfang

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs werden Deutschstämmige aus den ehemaligen Ostblockstaaten in Deutschland aufgenommen: In den ersten Nachkriegsjahren als „Vertriebene“, seit Gründung der Bundesrepublik als „Aussiedler“ und seit Januar 1993, mit Inkrafttreten der Neufassung des Bundesvertriebenengesetzes, als „Spätaussiedler“¹. Diese unterschiedlichen Bezeichnungen stehen gleichzeitig für die Veränderung der Lebensumstände der deutschen Volksangehörigen in den Herkunftsländern und auch für Veränderungen ihrer Aufnahmesituation in Deutschland.

Die rechtliche Sonderstellung der Aussiedler² gegenüber anderen Zuwanderern und ihre Aufnahme als deutsche Staatsbürger wurde im Artikel 116 des Grundgesetzes, vor dem Hintergrund der bei der Entstehung des Grundgesetzes immer noch andauernden Vertreibungen und der Diskriminierung von Deutschen in den Herkunftsgebieten, garantiert³. Im Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) wurde diese Grundsatzregelung ausgestaltet. Das BVFG unterstellte bis zur Neufassung für Deutsche in Südosteuropa, in Polen und der ehemaligen UdSSR als Folge des Zweiten Weltkriegs einen weiterhin bestehenden Vertreibungsdruck (§ 1 BVFG), der die besondere Verpflichtung der Bundesrepublik gegenüber diesem Personenkreis begründete und ihre Aufnahme als

„Aussiedler“ legitimierte. Das schloß die Anerkennung als deutsche Staatsbürger und die Gewährung von Eingliederungshilfen ein. Das BVFG war bis zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der ehemaligen DDR, also bis zum 1. Juli 1990, auch Rechtsgrundlage für die Aufnahme der Übersiedler aus der damaligen DDR.

Nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen zu Beginn der fünfziger Jahre verkehrte sich für die Deutschstämmigen in den Aussiedlungsländern die Situation: Sie mußten zwar als Angehörige des Volkes, von dem der Krieg ausgegangen war, nach wie vor mit Diskriminierungen rechnen, gleichzeitig wurden einer Ausreise nach Deutschland viele Hindernisse in den Weg gelegt. Im Laufe des zeitlichen Abstands zu den Kriegseignissen wurden die Deutschstämmigen besser akzeptiert. Durch Verhandlungen auf Regierungsebene, wie im Rahmen der Ostverträge in den siebziger Jahren, erhielten in manchen Jahren relativ viele Deutsche eine Ausreisegenehmigung. Grundsätzlich jedoch wurde in den Ostblockländern weiterhin eine restriktive Politik gegenüber den Ausreisewünschen der Deutschen verfolgt.

Das änderte sich erst im Zuge der Liberalisierung in den ehemaligen Ostblockstaaten. Deutschstämmige konnten nunmehr ungehindert ausreisen und nahmen diese Möglichkeit wahr: Während in der ersten Hälfte der achtziger Jahre jährlich rund 40 000 Aussiedler nach Westdeutschland gekommen waren, waren es 1987 knapp 79 000 und 1988 bereits mehr als 200 000. Im folgenden Jahr, also 1989, verdoppelte sich die Zuwanderungszahl auf fast 377 000 Personen, und im Jahr 1990 schließlich wurden noch etwas mehr, nämlich knapp 400 000 Aussiedler aufgenommen (vgl. Tabelle 1).

Diese große Zahl von Zuwanderern kam in einer Zeit, in der die Rahmenbedingungen für ihre Aufnahme immer ungünstiger wurden: Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich, die Arbeitslosigkeit nahm – nach einem zwischenzeitlichen Rückgang – ab 1991 ständig zu, und zudem waren allein in der Zeit von Januar 1989 bis zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der ehemaligen DDR, im Juni 1990, fast 600 000 Übersiedler nach Westdeutschland gekommen. Alle diese Zuwanderer galt es – bei immer geringer werdenden finanziellen Spielräumen – unterzubringen und langfristig in das soziale Leben und den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Konsequenz dieser beiden Entwicklungen – Zunahme der Zuwanderungen als Folge der Liberalisierung in den Herkunftsländern und Verschlechterung der Wirtschaftssituation in Deutschland – war, daß schrittweise Eingliederungshilfen für Aussiedler zurückgenommen wurden, daß die Kriterien für die Anerkennung als Aussiedler enger gefaßt wurden, und daß die Zuwanderung nunmehr von Deutschland aus reguliert wurde. Aussiedler müssen seit Mitte 1990 ihre Aufnahme in Deutschland vom Herkunftsland aus beantragen und im Unterschied zu früher den Erhalt eines Aufnahmebescheides abwarten. Außerdem wurde eine Quotierung der Zuzugszahlen eingeführt.

Zusammengefaßt und auf eine neue gesetzliche Basis gestellt wurden diese Entwicklungen schließlich durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz vom 21. Dezember 1992 und die darauf basierende Neufassung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG), die ab Januar 1993 in Kraft getreten ist. In diese Neufassung wurden zum einen Vorläuferregelungen wie die Kontingentierung der Zuzugszahlen (orientiert am Zuwanderungsdurchschnitt der Jahre 1991 und 1992) aufgenommen, vor allem aber wurde der Personenkreis, der unter die Regelungen des BVFG fällt, gegenüber früher einge-

¹ Im folgenden wird, soweit es um die zuwandernden Menschen geht, weiterhin der Begriff „Aussiedler“ verwendet. Er hat sich als Bezeichnung für die damit gemeinte Personengruppe eingebürgert. Von „Spätaussiedlern“ wird nur gesprochen, wenn es gilt, den damit verbundenen juristischen Sachverhalt deutlich zu machen.

² Da es sprachlich einfacher ist, wird die Bezeichnung „Aussiedler“ im folgenden als Sammelbegriff für Aussiedlerinnen und Aussiedler verwendet.

³ Geschichtlicher Hintergrund und Situation der Deutschen in den Aussiedlungsländern Rumänien, Polen und (ehemalige) Sowjetunion sind dargestellt in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1988) B 50/88; vgl. im einzelnen: Dietz / Hilkes 1988; Gabanyi 1988; Rautenberg 1988. Eine zusammenfassende Darstellung findet sich in Koller 1995a.

Tabelle 1: Aussiedler nach ausgewählten Strukturmerkmalen (Angaben in %)

	Eingereiste Aussiedler ¹								
	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Personen (absolut)	202673	377055	397073	221995	230565	218888	222591	217898	177751
Männer	49,8	50,2	49,6	48,7	48,6	48,7	48,6	48,6	48,3
Frauen	50,2	49,8	50,4	51,3	51,4	51,3	51,4	51,4	51,7
Herkunftsland									
ehemalige UdSSR	23,5	26,0	37,3	66,4	84,8	94,7	95,8	96,1	96,9
Polen	69,2	66,4	33,7	18,1	7,7	2,5	1,1	0,8	0,7
Rumänien	6,4	6,2	28,0	14,5	7,0	2,7	3,0	3,0	2,4
Altersgruppen									
bis unter 20 Jahre	32,9	32,9	29,8	35,2	37,9	38,0	37,8	37,7	37,0
20 bis unter 25 Jahre	7,6	9,2	8,6	7,8	6,2	6,2	6,8	7,4	8,0
25 bis unter 45 Jahre	34,8	33,3	31,3	33,5	34,0	34,0	34,0	33,9	33,0
45 bis unter 60 Jahre	11,8	10,7	13,4	12,6	10,6	15,8	10,6	10,7	11,4
60 Jahre und mehr	6,9	6,8	10,3	11,0	11,2	11,4	10,8	10,3	9,7
nicht zuordenbar	6,0	8,0	6,6	-	-	-	-	-	-
Erwerbspersonen									
Männer	48,4	52,1	48,6	52,0	52,0	53,1	53,2	53,5	53,6
Frauen	25,9	27,9	26,5	27,2	26,5	26,8	27,1	27,0	27,0
Frauen	22,5	24,2	22,1	25,2	25,5	26,3	26,2	26,5	26,6

¹ Bis Oktober 1990 nur in das Bundesgebiet West, ab November 1990 in das Bundesgebiet Ost und West

Quelle: Bundesverwaltungsamt/Bundesausgleichsamt

schränkt: Nach § 4 BVFG gelten als „Spätaussiedler“, für die „Benachteiligungen oder Nachwirkungen früherer Benachteiligungen aufgrund deutscher Volkszugehörigkeit“ (§ 4, Abs. 2 BVFG) unterstellt werden, nur noch deutsche Volkszugehörige aus der ehemaligen Sowjetunion. Deutschstämmige aus den übrigen Herkunftsländern müssen ein entsprechendes „Kriegsfolgenschicksal“ glaubhaft machen, um als Spätaussiedler anerkannt zu werden. Außerdem wurde eine abschließende zeitliche Perspektive eingeführt: Als Spätaussiedler werden nur noch Personen anerkannt, die vor dem 1. Januar 1993 geboren sind⁴.

Auch in die Neufassung des Bundesvertriebenengesetzes wurde (mit dem § 7) der Grundsatz aufgenommen, daß Spätaussiedlern die Eingliederung in das berufliche Leben zu erleichtern sei. Tatsächlich wurden jedoch gerade die ursprünglich sehr umfassenden Hilfen zur beruflichen Eingliederung nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) zeitgleich mit dem Inkrafttreten der Neufassung des BVFG weitgehend zurückgenommen. Während bis Ende 1992 Aussiedler, die als Erwerbspersonen nach Deutschland gekommen waren, bei Arbeitslosigkeit für 312 Tage Anspruch auf Eingliederungsgeld, einer dem Arbeitslosengeld vergleichbaren Lohnersatzleistung, hatten und sich die Anspruchsdauer noch um Zeiten der Teilnahme an einem Deutsch-Sprachlehrgang und/oder einer Maßnahme der beruflichen Fortbildung oder Umschulung (FuU) erhöhen konnte, erhalten sie seit Januar 1993 nur noch für längstens 156 Tage Eingliederungshilfe (§ 62a AFG). Diese ist in der Höhe und den weiteren Rechtsvorschriften an der Arbeitslosenhilfe orientiert. Aussiedler kön-

nen während der Bezugszeit der Eingliederungshilfe an einem Deutschkurs und/oder einer FuU-Maßnahme teilnehmen. Die meisten Aussiedler brauchen allerdings, bedingt durch die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg (vgl. Koller 1995a: 3), einen Sprachkurs und haben keinen weiteren Spielraum für eine berufliche Qualifizierungsmaßnahme. Seit 1996 ist das Bestehen eines Deutschtests, der im Herkunftsgebiet durchgeführt wird (und für alle Familienmitglieder einschließlich nichtdeutscher Ehegatten gilt), Voraussetzung für den Aufnahmebescheid (vgl. Gewande 1997 und Bundesanstalt für Arbeit, HSt Ia4 1997). Dessen ungeachtet werden die meisten Aussiedler weiterhin einen Deutschkurs brauchen, denn die Anforderungen des Sprachtests sind an Sprachkenntnissen, die für eine „einfache Verständigung“ ausreichen, orientiert.

Diese Neuregelungen zur Aufnahme von Aussiedlern, die Tatsache, daß in manchen früheren Herkunftsländern, wie z.B. Rumänien, kaum mehr Deutschstämmige leben, und schließlich auch Bindungen an das Herkunftsland durch Heiraten (die jedoch kein Ausreisehindernis sind, denn auch Ehepartner und „Abkömmlinge“ werden nach § 4 BVFG als Deutsche anerkannt) haben zu dem aus Tabelle 1 ablesbaren Rückgang der Zuwanderungszahlen und den Verschiebungen bei den Herkunftsländern geführt. Fast alle in den letzten Jahren eingereisten Aussiedler (1996 waren es 97%) kamen aus den Staaten der ehemaligen UdSSR, vor allem aus Kasachstan und der Russischen Föderation, während noch 1990 neben der damaligen UdSSR Polen und Rumänien zu fast gleichen Anteilen am Aussiedlungsgeschehen beteiligt waren, und einige Jahre vorher sogar das Hauptkontingent der Aussiedler stellten.

Obwohl die Aussiedlerinnen und Aussiedler von heute also großenteils aus anderen Ländern kommen als jene früherer Jahre und damit auf den ersten Blick die Gemeinsamkeiten nur im Rechtsstatus liegen, den sie in Deutschland haben⁵, haben sich die verschiedenen Zuwanderungsjahrgänge in ihrer soziodemographischen Zusammensetzung kaum verändert:

⁴ Kinder, die später geboren sind, werden jedoch weiterhin aufgenommen, wenn sie „Abkömmlinge“ eines Spätaussiedlers sind.

⁵ Allerdings haben Ähnlichkeiten der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern – auch verursacht durch die Gemeinsamkeit des „Minderheitenstatus“ – doch zu Ähnlichkeiten der Sozialisationsbedingungen geführt, die wiederum ähnliche Verhaltensnormen und Lebensweisen mit sich brachten. Vgl. hierzu Koller 1995a: 7 f.

Aussiedler sind im Durchschnitt weitaus jünger als die Bevölkerung in Deutschland. So waren jeweils mindestens 37% der Aussiedler der letzten Jahre unter 20 Jahre alt, bei der Wohnbevölkerung in Deutschland sind es rund 21%. Dagegen waren nur rund 10% der Aussiedler 60 Jahre oder älter, während es bei den Einheimischen auch hier rund 21% sind. „Nichterwerbspersonen“ waren in erster Linie Kinder und Jugendliche, die das Berufsleben noch vor sich haben. Frauen standen in fast gleichem Umfang im Erwerbsleben wie Männer, und das, obwohl Aussiedlerfamilien im Durchschnitt mehr Kinder haben als einheimische Familien.

2 Die IAB-Längsschnittstudie zur beruflichen Eingliederung von Aussiedlern: Anlage und Durchführung der Untersuchung

In der Zeit der großen Zuwanderungen von Aussiedlern und Übersiedlern, als die weitere Entwicklung noch wenig absehbar war, wurde im IAB die Durchführung einer Untersuchung zur beruflichen Eingliederung dieser Zuwanderergruppen in Deutschland beschlossen. Da sich bald abzeichnete, daß Übersiedler mit Aussiedlern zwar bis 1990 den Rechtsstatus gemeinsam hatten, aber ihre weiteren Eingliederungsvoraussetzungen allein schon aus sprachlichen Gründen besser waren, wurde die Frage der beruflichen Eingliederung von Übersiedlern von der geplanten Längsschnitterhebung abgetrennt und eine eigene Untersuchung (mit nur einem Befragungszeitpunkt) durchgeführt. Diese ergab, daß die Übersiedler der Wendezeit sehr rasch einen Arbeitsplatz im Westen gefunden hatten (vgl. Koller 1992).

Bei den Aussiedlern war die erste Station der beruflichen Eingliederung zu Beginn der neunziger Jahre (wie auch heute noch) für gut 80% die Teilnahme an einem Deutschsprachkurs (vgl. Koller / Nagel / Blaschke 1992: 13 ff.). Bei dieser Stufe setzte die Längsschnitterhebung an: Ausgangsstichprobe waren Teilnehmer von Deutschsprachkursen aus repräsentativ ausgewählten Arbeitsamtsbezirken im Westen – in den neuen Bundesländern lebten zu jener Zeit kaum Aussiedler⁶. Damit werden die wenigen Aussiedler, die keine Sprachkurse brauchten, nicht durch die Untersuchung repräsentiert. Ihre repräsentative Einbeziehung wäre sehr aufwendig gewesen und war andererseits nicht dringend erforderlich, da Aussiedler mit guten Deutschkenntnissen plausiblerweise weniger Probleme bei der Arbeitsplatzsuche haben als Aussiedler, die erst Deutsch lernen müssen⁷.

Die Längsschnittstudie zur beruflichen Eingliederung von Aussiedlern umfaßt insgesamt drei Erhebungswellen. Sie wurde in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung durchgeführt⁸. Die erste Erhebung fand im Mai 1991 statt. In

den ausgewählten Arbeitsamtsbezirken wurden jeweils alle Teilnehmer jener Deutschkurse befragt, deren reguläres Ende für die Zeit zwischen Anfang Juni und Ende September 1991 vorgesehen war. Die Befragung fand mit zweisprachigen Fragebögen (russisch/ polnisch/ rumänisch und deutsch) in den Sprachschulen statt. Die Befragungsthemen der ersten Erhebung bezogen sich vor allem auf die Ausgangssituation der Aussiedler für eine berufliche Eingliederung, wie z.B. Ausbildung, Deutschkenntnisse, aber auch auf Zukunftspläne oder Rahmenbedingungen wie Wohnsituation oder familiäre Gegebenheiten.

Für die erste Erhebungsstufe wurde die Bruttostichprobe relativ hoch angesetzt, da trotz sorgfältiger Vorarbeit schwer abschätzbar war, wie hoch die Ausfälle (Verweigerungen, Abwesenheit am Befragungstag usw.) sein würden. Tatsächlich gab es jedoch sehr wenig Ausfälle. 3 427 Personen nahmen an der Befragung teil. Das waren mehr Personen als für die Längsschnittstudie ursprünglich vorgesehen und kalkuliert waren. Für die Teilnahme an der zweiten Erhebungswelle wurden insgesamt 3 103 Personen ausgewählt⁹. Sie fand im vierten Quartal 1991 statt. Die Interviews von 2 851 Personen (das waren 92% der vorgesehenen Befragungspersonen) konnten in die Auswertung einbezogen werden. Themenschwerpunkte der zweiten Erhebung waren die Bewertung des zurückliegenden Kurses, die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und vor allem die berufliche Situation nach Beendigung des Sprachkurses.

Die dritte Erhebungswelle schließlich fand zwei Jahre später, im vierten Quartal 1993, statt. Ausgangsstichprobe bildeten die Teilnehmer von Welle 2. Mit 2 495 Personen konnten Interviews realisiert werden, das waren rund 88% der Teilnehmer von Welle 2. Bezogen auf jene Teilnehmer der Erstbefragung, die für die Längsschnittanalyse ausgewählt waren, sind es 80%. Diese Stichprobenausschöpfung ist sehr gut, sowohl im Vergleich zu anderen Panelerhebungen als auch in Anbetracht der Tatsache, daß die meisten Aussiedler in der Zeit zwischen erster und dritter Erhebungswelle aus dem Übergangwohnheim in eine eigene Wohnung umgezogen sind.

Vor allem aber hat sich die Stichprobe in ihrer soziodemographischen Struktur über alle drei Erhebungswellen so gut

Tabelle 2: Soziodemographische Merkmale der Teilnehmer der drei Erhebungswellen der IAB-Erhebung

Merkmal	Welle 1	Welle 1 ausgewählt für Welle 2	Welle 2	Welle 3
	Angaben in %	Angaben in %	Angaben in %	Angaben in %
Geschlecht				
männlich	45	45	44	44
weiblich	55	55	56	56
Geburtsjahrgang				
1930 - 1939	10	10	10	10
1940 - 1949	13	13	13	13
1950 - 1959	37	37	37	38
1960 - 1969	34	34	34	33
1970 - 1974	6	6	6	6
Herkunftsland				
ehem. UdSSR	55	54	55	57
Polen	35	36	36	34
Rumänien	10	10	10	9
Anzahl der Befragten	3427	3103	2851	2495

⁶ Im Einigungsvertrag war festgelegt, daß 20% der zuwandernden Aussiedler in den neuen Bundesländern aufgenommen werden sollten. Diese Quote wurde ab 1993 erreicht. Tatsächlich zogen allerdings viele Aussiedler nach der Erstaufnahme in den Westen. Um eine überproportionale Belastung einzelner Städte zu vermeiden, werden Aussiedler, die Leistungen zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe, Eingliederungshilfe) erhalten, schließlich seit Februar 1996 durch ein „Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Spätaussiedler“ verpflichtet, für zwei Jahre ab der Zuwanderung im zugewiesenen Ort zu bleiben.

⁷ Zur ausführlichen Darstellung und Begründung der gesamten Untersuchungsanlage siehe Koller 1993a.

⁸ Die Studie wurde aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert.

⁹ Nicht einbezogen wurden Personen, die zu Beginn der zweiten Erhebung noch oder wieder in einem Deutschsprachkurs waren; außerdem konnten einige wenige Aussiedler nicht in die zweite Erhebungswelle einbezogen werden, da ihre Adressenangabe fehlte oder unleserlich war.

wie nicht verändert, wie aus Tabelle 2 ersichtlich ist¹⁰. Die Abweichungen betragen maximal zwei Prozentpunkte. Diese Konstanz der Merkmale gilt nicht nur für die soziodemographische Struktur, sondern auch für alle anderen Variablen, bei denen ein Vergleich zwischen den Personen, die an allen drei Erhebungswellen teilgenommen haben (der durchgehenden Panelmasse), und der Gesamtheit der Teilnehmer der ersten bzw. zweiten Erhebungswelle möglich ist¹¹.

3 Das Eingliederungskonzept der Migrationsforschung und die Lebensumstände der Aussiedlerinnen und Aussiedler in Deutschland

3.1 Die Bedeutung von „Eingliederung“ in der Migrationsforschung

Aussiedler haben in verschiedener Hinsicht günstigere Voraussetzungen für eine Eingliederung in Deutschland als andere Migranten: Sie werden in rechtlicher Hinsicht von vornherein als Einwanderer¹² betrachtet, deren Eingliederung zu unterstützen ist; sie haben mit dem Aufnahmebescheid und der Ankunft in Deutschland Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit, und die meisten Aussiedler sind selbst von Anfang an daran orientiert, sich in Deutschland – im Land ihrer Vorfahren – auf Dauer niederzulassen¹³. Ausländer dagegen sind nicht nur in rechtlicher Hinsicht schlechter gestellt, sie haben erst nach einer Aufenthaltsdauer von mindestens zehn Jahren eine Chance auf Ermessenseinbürgerung (vgl. Münz / Ohliger 1997: 13), einer schnellen Eingliederung steht auch entgegen, daß viele, vor allem jene, die ursprünglich als Arbeitsmigranten nach Deutschland gekommen waren, sich anfangs selbst nicht aufs Bleiben eingerichtet hatten (vgl. Werner 1996: 38).

„Eingliederung“ schließt allerdings sowohl in der umgangssprachlichen Begriffsverwendung als auch in sozialwissen-

schaftlichen Definitionen mehr ein als Ansiedlung auf Dauer und Besitz der Staatsbürgerschaft. Die meisten migrationssoziologischen Definitionen von „Eingliederung“ oder „Integration“ – beide Bezeichnungen werden meist synonym verwendet – erklären sich, so unterschiedlich sie auch in ihrer Ausformulierung sein mögen, vor dem Hintergrund der strukturfunktionalistischen Theorie von Talcott Parsons (1964). Integration ist in ihr ein zentraler Begriff, der sowohl einen Prozeß als auch einen Zielzustand bezeichnet. Sehr vereinfacht dargestellt, steht Integration für die Aufnahme eines Elements in das System und zwar in einer Weise, daß dieses zu einem wesentlichen Bestandteil wird und daß es konsensual anerkannt wird.

Übertragen auf die Situation von Zuwanderern bezeichnet Esser (1980: 23) mit Integration den „Gleichgewichtszustand von personalen bzw. relationalen Systemen“. Der Aspekt des Gleichgewichts umfaßt nach seiner Definition „das individuelle Gleichgewicht, die gleichgewichtige Verflechtung einer Person in relationale Bezüge und das Gleichgewicht eines Makrosystems als spannungsarmes, funktionales Verhältnis der Subeinheiten zu einander“ (ebenda). Konkreter bezogen auf die reale Eingliederungssituation sind die Definitionen, bei denen die gleichberechtigte Teilhabe an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Chancen in Vordergrund steht, bei Hoffmann-Nowotny (1973: 171ff.) an der „Statusstruktur“ mit den Dimensionen berufliche Stellung, Einkommen, Bildung, rechtliche Stellung, Wohnen. Der Gleichgewichtszustand des „personalen Systems“ steht im Vordergrund von Integrationsdefinitionen, wie sie die „Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem“ in ihrer „Standardterminologie“ formuliert (vgl. Horstmann 1986: 24f.). Darin wird Integration als ein Prozeß bezeichnet, der zu einem Zustand der Verhaltensstabilität und Rollensicherheit führt. Integration gilt dann als erreicht, wenn der Zuwanderer sich in der neuen Umgebung geborgen fühlt und im persönlichen Gleichgewicht befindet.

Vor allem in der politischen Diskussion zur Eingliederung von Zuwanderern spielt die Frage, inwieweit diese allein das Ergebnis von Anpassungsleistungen ist, die den Zuwanderern abverlangt werden, und inwieweit sich die Aufnahmegesellschaft auf die Zuwanderer zubewegen muß, bzw. durch Migration eine neue Gesellschaft entsteht, eine große Rolle. In sozialwissenschaftlichen Zusammenhängen wird dieser normative Aspekt teilweise ausgespart¹⁴. So stellen Esser u.a. als Gemeinsamkeit der Konzepte, die sich mit der Integration von Wanderern befassen, drei Grundaspekte heraus, nämlich: „den Prozeß der Angleichung an einen Standard, den Zustand der Angleichung an einen Standard und den Zustand eines Gleichgewichtes“ (1979: 5).

Aufbauend auf Esser beschreibt auch Treibel (1990: 103ff.) den Eingliederungsprozeß als Prozeß der graduellen Angleichung, der analytisch die folgenden Dimensionen umfaßt: Die *kognitive* Assimilation: also Erwerb von Wissen, Kenntnissen über die neue Umwelt und insbesondere Sprachkenntnisse. Die *strukturelle* Assimilation: sie bezieht sich darauf, „inwieweit die Migrantinnen und Migranten sich in das Statussystem (mit den Dimensionen Beruf, rechtliche Situation, Wohnsituation) der Aufnahmegesellschaft haben eingliedern können“ (S. 111). Die *soziale* Assimilation: dieser Aspekt der Angleichung bezieht sich auf die Selbstverständlichkeit problemloser intensiver interethnischer Kontakte und schließlich die *identifikative* Assimilation: Darunter versteht die Autorin die endgültige gefühlsmäßige Abkehr von der Herkunftsgesellschaft und die Entwicklung eines Wir-Gefühls, das sich auf die Aufnahmegesellschaft richtet.

¹⁰ Die Repräsentativität der Ausgangsstichprobe wurde durch die Vorgehensweise bei der Stichprobenziehung sichergestellt. Daß sie die Grundgesamtheit „Teilnehmer von Deutschsprachkursen des Jahres 1991“ repräsentiert, kann jedoch nicht umfassend belegt werden, da es abgesehen vom Merkmal „Geschlecht“ keine Angaben über die Struktur der Deutschkurs teilnehmer gibt. Der relativ hohe Frauenanteil stimmt mit der Grundgesamtheit überein. Frauen haben bei den Eintritten in Deutschkurse einen höheren Anteil und sie sind im Durchschnitt länger in den Kursen. Die Verteilung nach Herkunftsländern ist einmal vom Zuzugsjahr bestimmt – 85% der Aussiedler der Erhebung sind 1990 zugewandert – und zum anderen von den Deutschkenntnissen. Aussiedler aus Rumänien sind nur zu rund 10% in der Stichprobe vertreten, obwohl sie bei den Zuwanderern von 1990 einen Anteil von 28% hatten, weil viele von ihnen gute Deutschkenntnisse haben.

¹¹ So würden sich zum Beispiel die Vergleiche zwischen der ersten und der dritten Erhebungswelle, die im folgenden Abschnitt besprochen werden, in ihren Aussagen in keiner Weise verändern, wenn jeweils alle Teilnehmer der ersten Erhebungswelle mit den Teilnehmern der dritten Erhebungswelle verglichen würden (wir gehen in diesem Vergleich von der durchgehenden Panelmasse aus). Zudem zeigte sich, daß die Personen, die in der dritten Erhebungswelle nicht mehr erreicht wurden, sich hinsichtlich ihrer Arbeitsmarktsituation in Welle 2 in keiner Weise von den Panelteilnehmern unterschieden: In der zweiten Erhebungswelle hatten 30% aller Befragungspersonen einen Arbeitsplatz, 20% nahmen an einer Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme (FuU-Maßnahme) teil und 5% waren verbindlich dafür angemeldet. Betrachtet man jene Personen, die auch an der dritten Erhebungswelle teilgenommen haben (also die durchgehende Panelmasse, das waren wie erwähnt 88% der Teilnehmer von Welle 2) in Hinblick auf ihre berufliche Situation in Welle 2, zeigen sich für Berufstätigkeit, FuU-Teilnahme und sogar FuU-Anmeldung die gleichen Prozentwerte.

¹² oder sogar als „Rückkehrer“. Die Kosten der Aussiedlung werden vom Gesetzgeber als „Rückführungskosten“ bezeichnet.

¹³ Viele jüngere Aussiedler, die zum Teil aus gemischtethnischen Familien kommen (vgl. Münz / Ohliger 1997: 8 ff) und mit der Sprache des Herkunftslandes aufwuchsen, haben zwar keinen emotionalen Bezug zu Deutschland, aber auch von ihnen wollen die meisten auf Dauer bleiben (vgl. Dietz 1997:35).

¹⁴ Auch hier wird diese prinzipiell wichtige Frage nicht weiter diskutiert, da die IAB-Erhebung hierzu keinen Beitrag leisten kann, und sie auch für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt wenig Relevanz hat.

Diese verschiedenen Dimensionen werden in einem stufenförmigen Zusammenhang gesehen, bei dem die kognitive Assimilation die Grundlage dafür bildet, daß weitere Eingliederungsdimensionen erreicht werden (können).

Allerdings ist dieses Stufenmodell nur als idealtypische Darstellung des Eingliederungsprozesses zu verstehen. In der Realität kann nicht davon ausgegangen werden, daß die Stufen jeweils aufeinander aufbauen. Die Eingliederung in den verschiedenen Dimensionen verläuft teilweise parallel. Das gilt für die Eingliederung von Aussiedlern in besonderer Weise. Vor allem kann für sie nicht unterstellt werden, daß die Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft für sie die letzte Stufe des Eingliederungsprozesses bildet. Sie werden in Deutschland aufgenommen, weil sie deutschstämmig sind. Das Bekenntnis zum „deutschen Volkstum“ ist Voraussetzung für die Anerkennung als Aussiedler (§ 6 BVFG). Auch wenn das Motiv „als Deutsche unter Deutschen zu leben“ vor allem bei jungen Aussiedlern nicht mehr im Vordergrund steht (vgl. Dietz 1997: 32), kann doch für die meisten Aussiedler nach wie vor vom Bewußtsein einer „deutschen Identität“ ausgegangen werden. Andererseits wird das Leben in Deutschland schließlich doch als Leben in der „Fremde“¹⁵ und als lebensgeschichtlicher Bruch (Dietz 1997: 30) erlebt. Auch die Einheimischen tragen wenig dazu bei, daß Aussiedler sich als dazugehörig fühlen können: „Bestenfalls werden sie als Bindestrich-Deutsche etikettiert (Rumänien-Deutsche, Rußland-Deutsche, Polen-Deutsche). Schlechtestenfalls werden sie als Russen, Rumänen oder Polen bezeichnet und sind dann den negativen Stereotypen ausgesetzt, die viele Deutsche mit diesen Nationalitäten assoziieren“ (Münz / Ohliger 1997: 13)¹⁶.

Folgt man dem hier vorgestellten Konzept der Eingliederung von Zuwanderern, so ist Eingliederung ein Prozeß, der den Erwerb von Sprachkenntnissen und Kulturtechniken voraussetzt, damit eine Angleichung in wirtschaftlicher Hinsicht möglich ist, der alle Lebensbereiche umfaßt, für den eine längerfristige Perspektive angesetzt werden muß, und der nicht notwendigerweise zum Endzustand „Eingliederung“ im Sinne einer Angleichung bis zur Ununterscheidbarkeit führt. Der Maßstab für die Beurteilung des „Eingliederungsstandes“ von Zuwanderern ist, unabhängig davon, ob Eingliederung als gegenseitige Annäherung oder als einseitiger Angleichungsprozeß betrachtet wird, in wirtschaftlicher Hinsicht auf jeden Fall der Standard im Aufnahmeland.

Aus der Vielzahl von Bereichen, in denen Aussiedler mit den neuen Lebensbedingungen zurechtkommen müssen, greift die IAB-Längsschnittstudie nur einen, wenn auch sehr wesentlichen heraus, nämlich den der beruflichen Eingliederung¹⁷, und sie bezieht sich auf ein sehr kleines Zeitfenster, in dem die Eingliederung nach den Erfahrungen und Befunden der Migrationsforschung keinesfalls abgeschlossen sein kann, nämlich die ersten drei bis vier Jahre der Zuwanderung.

¹⁵ Stellvertretend für viele Veröffentlichungen, in deren Mittelpunkt die Situation der Aussiedler als Fremde in Deutschland steht, seien genannt die Berichte und Reportagen von Ferstl / Hetzel (1990): „Wir sind immer die Fremden“ und die Veröffentlichung einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum: Schierholz (Hrsg.) (1991): Fremde in der Heimat.

¹⁶ Vergegenwärtigt man sich die klassische Definition einer ethnischen Gruppe von Max Weber (zitiert nach Treibel 1990: 132), nach der eine ethnische Gruppe durch die gefühlsmäßige, geglaubte Volkszugehörigkeit gebildet werde, unabhängig davon, ob eine Blutsgemeinschaft vorliegt oder nicht, so erklärt sich dieses Auseinanderklaffen von Selbst- und Fremdzuschreibung.

¹⁷ Mit der Frage der sozialen Eingliederung im weitesten Sinne befassen sich eine Reihe empirischer Untersuchungen. Ein Überblick dazu findet sich in Koller 1993b. An jüngeren Veröffentlichungen seien erwähnt: Dietz 1997, Gawlik 1996, Westphal 1997.

Allerdings kann die berufliche Eingliederung nicht isoliert gesehen werden. Sie hängt auch ab von der Angleichung in anderen Lebensbereichen, wie eben Sprachkenntnissen oder äußeren Bedingungen wie den Wohnverhältnissen und beeinflusst diese gleichzeitig. Einige dieser Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der beruflichen Eingliederung, die gleichzeitig ein wenig Eindruck vom Leben der Aussiedler in den ersten Jahren der Zuwanderung vermitteln können, seien im folgenden kurz dargestellt.

3.2 Deutschkenntnisse

Von der Kenntnis der Sprache des Aufnahmelandes hängt es nach dem vorgestellten Migrationskonzept ab, ob weitere Eingliederungsdimensionen erreicht werden können. Das trifft für die wirtschaftliche Eingliederung auf jeden Fall zu, für das persönliche Gleichgewicht jedoch nicht unbedingt. Zuwanderer können auch Geborgenheit bei der eigenen ethnischen Gruppe (bei Heckmann 1981: 132 der „Einwanderergesellschaft“) und gerade in ihrer Herkunftssprache finden. Aussiedler sind hier in einer zwiespältigen Situation: Die geläufige Umgangssprache, die eine problemlose Binnenkommunikation ermöglicht, ist für fast alle die Sprache des Herkunftslandes, dem sie sich andererseits nicht zugehörig fühlen. Insofern stehen sie stärker als zugewanderte Ausländer unter dem Druck, schnell gute Deutschkenntnisse zu erwerben. Durch die speziell für sie organisierten Deutschkurse erhalten sie darin auch mehr Unterstützung als die meisten Ausländer. Allerdings wurde die Sprachkursdauer von ursprünglich maximal 10 Monaten schrittweise auf nunmehr (seit Januar 1993) sechs Monate reduziert.

Die Aussiedler der IAB-Erhebung waren über Deutschsprachkurse rekrutiert worden, was vermuten läßt, daß ihre Deutschkenntnisse zu Beginn ihres Aufenthalts in Deutschland eher gering waren. Die mitgebrachten Kenntnisse konnten im Befragungszeitraum nicht mehr rückwirkend getestet werden (ein solcher Test wäre ohnehin sehr aufwendig gewesen). Deshalb wurden die Aussiedler darum gebeten, ihre Deutschkenntnisse selbst einzustufen und zwar an Hand einer fünfstufigen Skala, die im Sozioökonomischen Panel zur Erfassung der Deutschkenntnisse von Ausländern eingesetzt wird.

In Tabelle 3 ist dargestellt, wie die Aussiedler ihre Deutschkenntnisse bei der Ankunft einschätzen, und wie sie ihre Kenntnisse in der dritten Erhebungswelle, also rund zwei Jahre nach Abschluß des Deutschsprachkurses und mindestens drei Jahre seit der Ankunft in Deutschland einstuften. Demnach hätten einige wenige Aussiedler trotz „sehr guter“ Deutschkenntnisse an einem Sprachkurs teilgenommen, was nicht ausgeschlossen werden kann. Allerdings läßt die Tatsache, daß die meisten dieser Personen zwei Jahre später und nach dem Deutschkurs ihre Sprachkenntnisse nur noch als „gut“ einstuften, vermuten, daß sie diese in der Anfangszeit mangels Vergleich überschätzten.

Vergleicht man insgesamt die Einschätzungen für die Anfangszeit und für den Zeitpunkt der dritten Erhebungswelle, sieht man, daß die meisten Aussiedler (jedenfalls nach ihrer eigenen Einschätzung) in den drei bis vier Jahren seit der Ankunft in Deutschland ihre Deutschkenntnisse merklich verbessern konnten. Über 50% schätzten nunmehr ihre Sprachkenntnisse als „sehr gut“ oder „gut“ ein, während nur 7% ihre Anfangskenntnisse so eingestuft hatten. Nur noch 6% der Befragten sagten von sich, sie würden „eher schlecht“ deutsch sprechen. Drei Personen (0,1% aller Befragten) konnten nach

Tabelle 3: Selbsteinschätzung der Deutschkenntnisse bei der Ankunft in Deutschland und in der dritten Erhebungswelle (Angaben in Zeilenprozenten)

Deutschkenntnisse bei Ankunft	Deutschkenntnisse in der dritten Erhebungswelle					alle Befragten	
	sehr gut in %	gut in %	es geht in %	eher schlecht in %	gar nicht in %	absolut	in %
sehr gut	(24,0)	(56,0)	(20)	-	-	25	1,0
gut	21,1	63,4	13,7	0,6	-	159	6,4
es geht	11,4	58,9	28,7	1,0	-	727	29,3
eher schlecht	4,7	43,0	47,1	5,2	-	830	33,5
gar nicht	3,8	27,5	54,4	13,8	0,4	738	29,8
alle Befragten absolut	190	1104	1029	153	3	2479	100
in %	7,7	44,5	41,5	6,2	0,1	100	

Prozentwerte in Klammern: Die Basis für die Prozentuierung beträgt weniger als 100 Personen

eigener Einstufung bei der Ankunft nicht deutsch sprechen und drei Jahre später genauso wenig.

3.3 Die Lebensverhältnisse in Deutschland: Soziale Netzwerke, Wohn- und Familiensituation, Versorgung mit Konsumgütern

Migrationen verlaufen fast immer in der Weise, daß die ersten Auswanderer Anlaufstellen für weitere Wanderer aus dem gleichen Herkunftsland bilden und damit eine immer stärkere Sogwirkung in diese ersten Niederlassungsregionen entsteht. Bei den Aussiedlern ist dieser Migrationsverlauf besonders ausgeprägt, denn es gab für sie in den Jahren bis zur Liberalisierung in den ehemaligen Ostblockstaaten nur einen akzeptierten Ausreisegrund (mit dem jedoch kein Recht auf Ausreise verbunden war), das war die Ausreise zum Zweck der Familienzusammenführung. So bildeten durch die Kriegswirren auseinandergerissene Familien jeweils den Ausgangspunkt für eine Kette von Wanderungen. Darauf ist zurückzuführen, daß, auch als eine freie Ausreise schon möglich war, fast alle Aussiedler bei der Ankunft bereits Verwandte in Deutschland hatten, und daß Aussiedler aus bestimmten Herkunftsländern regional konzentriert in Deutschland leben.

Von den Aussiedlern der IAB-Erhebung hatten 95% – ohne Unterschiede zwischen den Herkunftsländern – bereits Verwandte in Deutschland gehabt. Ein großer Teil von ihnen (71% derjenigen, die Verwandte hatten) hatte den Wunsch, in das Gebiet zu ziehen, in dem ihre Verwandten lebten, und fast allen (90%) gelang das auch¹⁸. Das führte zu einer je nach Herkunftsland unterschiedlichen regionalen Konzentration der Aussiedler der Erhebung: Über 60% der Polenaussiedler hatten sich in Nordrhein-Westfalen angesiedelt, Aussiedler aus Rumänien waren in Bayern und Baden-Württemberg besonders stark vertreten und jene aus der ehemaligen UdSSR in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg (vgl. dazu Koller 1993: 213).

Die Tatsache, daß bereits Verwandte vor ihnen nach Deutschland ausgesiedelt waren, war für die meisten Aussiedler hilfreich. Rund drei Viertel der Aussiedler der Erhebung sagten aus, daß sie in der Anfangszeit Hilfe und Unterstützung von Verwandten gehabt hätten.

Eine eigene Wohnung zu haben, war für die Aussiedler in der Anfangszeit eines der wichtigsten Ziele und die meisten hatten es zum Zeitpunkt der dritten Erhebungswelle – sie lebten

etwa drei bis vier Jahre in Deutschland – erreicht, allerdings nicht alle. Während in der ersten Erhebungswelle, im Mai 1991, noch rund 65% in einem Übergangwohnheim gelebt hatten oder vorläufig bei Verwandten untergekommen waren (4%), waren es zweieinhalb Jahre später, bei der dritten Befragung, noch 11%, die in einem Übergangwohnheim lebten – mit großen Unterschieden je nach Haushaltsgröße: Fast alle Aussiedler aus Zwei- oder Drei-Personenhaushalten waren bis zur dritten Erhebungswelle in eine eigene Wohnung umgezogen, nur noch rund 6% lebten in einem Übergangwohnheim. Dagegen wohnten sowohl von den wenigen Aussiedlern, die als Einzelpersonen nach Deutschland gekommen waren (sie hatten nur einen Anteil von 3,8%), als auch von solchen, die in Haushaltsgrößen von fünf und mehr Personen lebten, noch mehr als 20% in Übergangwohnheimen. Von diesen letzteren hatten andererseits in Anbetracht der kurzen Aufenthaltsdauer erstaunlich viele schon Wohnungseigentum erworben: Rund 10% lebten bereits in einem eigenen Haus oder (zu einem geringeren Anteil) in einer Eigentumswohnung.

Möglicherweise ist die Wohnungssituation in Deutschland ein Grund dafür, daß sich die durchschnittliche Haushaltsgröße der Aussiedlerhaushalte in den zweieinhalb Jahren von der ersten bis zur dritten Erhebungswelle merklich verringert hatte. Sowohl Aussiedler aus Rumänien als auch Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion hatten in der ersten Erhebungswelle Haushaltsgrößen von bis zu 13 Personen (und in drei Fällen sogar noch größere Haushalte) angegeben. In der dritten Erhebungswelle lebten Rumänienaussiedler höchstens in Sechs-Personenhaushalten, von jenen aus der ehemaligen Sowjetunion gaben immerhin noch knapp 4% eine Haushaltsgröße von 7 bis 10 Personen an (größer nicht mehr). Ob neben der Wohnungssituation auch die Anpassung an den Lebensstil in Deutschland eine Rolle dafür spielt, daß sich ursprünglich größere Haushaltsverbände der Aussiedler trennten, kann auf Grund der Daten nicht entschieden werden.

Eine eigene Wohnung zu haben, ist ein Indikator dafür, daß eine erste Eingliederungshürde überwunden ist. Ein Auto erscheint angesichts der „Versorgungsquote“ mit Autos in Deutschland auch beinahe zur Grundausstattung zu gehören. Das scheint von Aussiedlern nicht anders gesehen zu werden: 78% der Befragten gaben in der zweiten Befragungswelle, also im 4. Quartal 1991, im zweiten Jahr ihres Aufenthalts in Deutschland, an, daß es in ihrem Haushalt ein Auto gebe. Allerdings variierte der Anteil von Autobesitzern mit der Größe des Ortes, in dem die Aussiedler lebten: Von den Aussiedlern, die auf dem Land wohnten, hatten 87% ein Auto, von jenen in Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern nur 72%.

¹⁸ Inzwischen ist die Wahrscheinlichkeit, daß Ansiedlungswünsche berücksichtigt werden, sehr viel geringer, da die Ansiedlungspolitik in Deutschland auf eine gleichmäßige regionale Verteilung ausgerichtet ist. Siehe hierzu Fußnote 6.

3.4 Eingewöhnung, Zufriedenheit mit dem Leben in Deutschland

Wohnung, Auto, Kleinfamilie, für das Alltagsleben ausreichende Deutschkenntnisse – betrachtet man diese Faktoren als Integrationsindikatoren, könnte man daraus folgern, daß die Aussiedler der IAB-Erhebung in wenigen Jahren eine recht gute Anpassung an die Lebensbedingungen in Deutschland erreichten. Allerdings sagen diese äußeren Rahmenbedingungen wenig darüber aus, wie die Aussiedler mit dem Leben in Deutschland zurechtkommen, und wie sie ihre Migrationssituation verarbeiten.

Solche Prozesse können durch eine standardisierte Befragung nicht angemessen erfaßt werden; erfragt werden kann jedoch, welches Resümee die Aussiedler ziehen, wie sie ihre neue Lebenssituation einschätzen. Dieses Thema wurde auch im Rahmen der Untersuchung mit zwei Fragen angesprochen, die jeweils in allen drei Erhebungswellen gestellt wurden: Zum einen mit der Frage danach, ob man es schon bereut habe, nach Deutschland gegangen zu sein, zum anderen wurde – analog zum Sozioökonomischen Panel und zum Wohlfahrtssurvey – mit einer 11-stufigen Skala die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Lebenssituation erfaßt. Die Antworten auf diese beiden Fragen sind in den Tabellen 4 und 5 zusammengefaßt.

Tabelle 4: Angaben dazu, ob man die Aussiedlung bereut habe (Welle 1 bis Welle 3)

Haben Sie es schon bereut, daß Sie nach Deutschland gegangen sind?	Welle 1		Welle 2		Welle 3	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
ja, häufig	34	1,4	35	1,4	29	1,2
ja, manchmal	499	20,0	445	17,8	430	17,2
nein, so gut wie nie	1930	77,4	2013	80,7	2030	81,4
keine Angabe	32	1,3	2	0,1	6	0,2
Anzahl der Befragten	2495	100,0	2495	100,0	2495	100,0

Tabelle 5: Einstufung der Zufriedenheit mit dem Leben (Welle 1 bis Welle 3)

Einstufung	Einstufung der Zufriedenheit mit dem Leben in Welle 1 bis Welle 3						
	Welle 1		Welle 2		Welle 3		
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
ganz und gar unzufrieden	0	16	0,7	6	0,2	6	0,2
	1	5	0,2	6	0,2	6	0,2
	2	19	0,8	20	0,8	21	0,8
	3	64	2,6	47	1,9	36	1,4
	4	100	4,1	83	3,3	89	3,6
	5	588	24,1	445	17,9	339	13,6
	6	310	12,7	305	12,3	286	11,5
	7	413	16,9	541	21,8	544	21,8
	8	445	18,2	597	24,0	629	25,2
	9	153	6,3	206	8,3	237	9,5
ganz und gar zufrieden	10	330	13,5	231	9,3	301	12,1
keine Angabe		52	-	8	-	1	-
Zahl der Fälle mit Einstufung		2443		2487		2494	
Mittelwert		6,78		6,96		7,18	

¹⁹ Zu fast der gleichen durchschnittlichen Bewertung ihrer allgemeinen Lebenszufriedenheit, nämlich einen Wert von 7,3 kamen die Aussiedler in der Zuwanderer Stichprobe des Sozioökonomischen Panels 1995, wobei die Aussiedler dieser Stichprobe ab 1984 zugewandert waren. Vgl. Weick 1996.

Bei der Frage danach, ob man die Aussiedlung schon bereut habe, ist nicht nur das Ergebnis erstaunlich, daß rund 80% der Aussiedler diesen Schritt so gut wie noch nie bereut haben, sondern mehr noch die Tatsache, daß der Anteil jener Personen, die die Entscheidung für Deutschland positiv bewerten, im Zeitverlauf sogar noch etwas zugenommen hat. Allerdings muß man auch bedenken, daß die Aussiedler eigentlich keine Alternative haben: Würden sie zurückgehen, müßten sie in einem Land, in dem sie alle Brücken hinter sich abgebrochen haben und dessen Wirtschaftssituation weitaus schlechter als die in Deutschland ist, wieder neu anfangen.

Der gleiche positive Trend im Zeitverlauf zeigt sich, wenn man die Antworten auf die Frage „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig alles in allem mit Ihrem Leben?“ betrachtet (Tabelle 5). Die durchschnittliche Zufriedenheitseinstufung ist von Befragung zu Befragung kontinuierlich leicht angestiegen und lag in der dritten Erhebungswelle mit rund 7,2 deutlich im positiven Bereich der Zufriedenheitsskala¹⁹. Es waren insgesamt nur 6% der Aussiedler, die Werte des negativen Bereichs der Skala angekreuzt hatten. Betrachtet man die objektiven Lebensumstände der Aussiedler – immerhin lebten noch 11% in Übergangwohnheimen, viele hatten noch Verständigungsschwierigkeiten in Deutsch, ein Teil war arbeitslos (siehe die nächsten Abschnitte) – dann erscheint die subjektive Zufriedenheit der Aussiedler erstaunlich hoch. Ein Vergleich mit den Ergebnissen des Wohlfahrtssurvey in Deutschland (siehe hierzu die zusammenfassende Darstellung in: Statistisches Bundesamt 1994b: 417 – 449) zeigt jedoch, daß die meisten Menschen trotz der Ängste und Sorgen, die sie äußern, mit ihrer eigenen subjektiven Lebenslage alles in allem zufrieden sind. In Westdeutschland lag 1993 der Durchschnittswert für die allgemeine Lebenszufriedenheit sogar bei 7,9, nur 3% hatten den negativen Bereich der Zufriedenheitsskala angekreuzt – in Ostdeutschland war sie allerdings um einen Skaleneinheit niedriger (a.a.O.: 419). Auch soziale Gruppen, denen es in vielen Bereichen schlechter geht als der Mehrheit, waren kaum weniger zufrieden: Personen, deren Haushaltseinkommen im untersten Quintil lag, hatten 1993 einen durchschnittlichen Zufriedenheitswert von 7,6 und der Durchschnittswert von Arbeitslosen lag bei 7,0 (a.a.O.: 423). Vor diesem Hintergrund könnte man sagen, daß der Zusammenhang zwischen Lebensumständen und allgemeiner Zufriedenheit bei den Aussiedlern in der Tendenz ähnlichen Regeln folgt wie bei den Einheimischen.

4 Aussiedlerinnen und Aussiedler auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland

Der Prozeß der Eingliederung von Zuwanderern ist zu vielschichtig, als daß er sich durch eine einheitliche allgemein akzeptierte Definition beschreiben ließe. In einem Punkt jedoch stimmen die in der Migrationsforschung formulierten Eingliederungskonzepte überein, das ist die Bedeutung, die dem beruflichen Bereich zugeschrieben wird, und sie treffen sich auch – gleichgültig, ob (wie bei Esser) von einer Angleichung in berufsbezogenen Dimensionen wie Einkommen, Positionen, Berufsprestige oder (wie bei Hoffmann-Nowotny) von einer gleichberechtigten Teilhabe an gesellschaftlichen Gütern, insbesondere an beruflichen Möglichkeiten gesprochen wird – darin, daß der Maßstab für Aussagen über den Eingliederungsstand die Verhältnisse des Aufnahmelandes sind.

Von dieser Perspektive geht auch die folgende Betrachtung der Arbeitsmarktsituation von Aussiedlerinnen und Aussiedlern aus. Die Darstellung auf dem Hintergrund der Verhältnisse in Deutschland soll allerdings lediglich Vergleiche er-

möglichen, d.h. Aussagen dazu, wie „nahe“ die Aussiedler in ihrem Eingliederungsstand den Einheimischen oder anderen Vergleichsgruppen sind. Bewertungen der Ergebnisse als „gut“ oder „schlecht“ können daraus nicht abgeleitet werden. Es ist kaum zu erwarten, daß die Aussiedler vier Jahre nach der Zuwanderung in gleicher Weise wie Einheimische in den Arbeitsmarkt eingegliedert sind, und es gibt andererseits keinen Maßstab dafür, welcher Eingliederungsstand in dieser Zeit erreicht sein sollte. Eingliederungsprozesse dauern je nach Ausgangssituation und Rahmenbedingungen unterschiedlich lang. Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt wird jedoch in der Migrationsforschung den ersten und grundlegenden Eingliederungsstufen zugeordnet, was sowohl der Sichtweise des Aufnahmelandes als auch der betroffenen Zuwanderer entsprechen dürfte: Wenn Zuwanderer ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können, bedeutet das für das Aufnahmeland eine finanzielle Entlastung und für die Betroffenen selbst Unabhängigkeit, Selbstbewußtsein und meist auch einen höheren Lebensstandard.

Die folgende Beschreibung der Arbeitsmarktsituation von Aussiedlerinnen und Aussiedlern konzentriert sich auf zwei Themen: Zum einen auf die Frage, inwieweit die Aussiedlerinnen und Aussiedler der Erhebung in Arbeit waren und wo von es abhing, ob sie einen Arbeitsplatz hatten, und zum anderen auf die Frage, welcher Art ihre Arbeitsverhältnisse waren, also wie „gut“ sie eingegliedert waren.

4.1 Beschäftigten- und Arbeitslosenquoten

Alle Aussiedlerinnen und Aussiedler der Erhebung hatten 1991, weil sie im Herkunftsland erwerbstätig gewesen waren, an einem AFG-geförderten Deutschsprachlehrgang teilgenommen. Ende 1993 waren, wie in Tabelle 6 belegt, 65% aller Befragten in Arbeit – wenn man als „in Arbeit“ Vollzeitbeschäftigte (49%), Teilzeitbeschäftigte (10%) und Personen in betrieblicher Berufsausbildung (6%) betrachtet. Diese zusammenfassende Darstellung verdeckt jedoch die beträchtlichen Eingliederungsunterschiede zwischen Frauen und Männern: Von den Aussiedlerinnen hatten lediglich 54% einen Arbeitsplatz oder eine betriebliche Ausbildungsstelle, weitere 2% waren geringfügig beschäftigt²⁰. Bei den Männern dagegen ergab sich insgesamt eine Beschäftigtenquote von knapp 79%.

Auch wenn alle Befragten vor der Ausreise berufstätig gewesen waren, kann nicht von vornherein unterstellt werden, daß sie das auch in Deutschland sein wollten, und daß sie hät-

Tabelle 6: Erwerbsstatus der Aussiedlerinnen und Aussiedler der IAB-Längsschnittstudie zum Zeitpunkt der dritten Erhebungswelle, gut zwei Jahre nach Beendigung des Deutschsprachkurses

Erwerbsstatus	Aussiedlerinnen		Aussiedler		alle Befragten	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
voll berufstätig	451	32,2	771	70,5	1222	49,0
in regelmäßiger Teilzeitbeschäftigung	227	16,2	17	1,6	244	9,8
in betrieblicher Berufsausbildung, Umschulung, Praktikum	81	5,8	71	6,5	152	6,1
geringfügig oder unregelmäßig beschäftigt	27	1,9	3	0,3	30	1,2
Mutterschafts-/Erziehungsurlaub	58	4,1	1	0,1	59	2,4
nicht berufstätig	552	39,4	231	21,1	783	31,4
k.A. zu Erwerbsstatus und Arbeitsplatz	5	0,4	-	-	5	0,2
alle Befragten	1401	100,0	1094	100,0	2495	100,0

ten arbeiten können und dementsprechend etwa 45% der Aussiedlerinnen und 20% der Aussiedler arbeitslos gewesen wären. Auf eine entsprechende Frage gaben zwei Drittel der Männer ohne Arbeitsplatz an, sie seien auf Arbeitssuche. Jene, die keine Arbeit suchten, waren meist Rentner oder standen kurz vor der Rente. Von den Frauen ohne Arbeitsplatz waren nur knapp die Hälfte auf Arbeitssuche. Frauen, die keine Arbeit suchten, sagten mehrheitlich, sie seien „Hausfrauen“²¹.

Auf der Basis der Angaben zur Beschäftigungssituation bzw. zur Arbeitssuche (von Personen ohne Arbeitsplatz) wurden Arbeitslosenquoten der Aussiedlerinnen und Aussiedler der IAB-Längsschnittstudie errechnet (indem der Quotient aus Arbeitssuchenden – im Zähler – und Erwerbspersonen, also den Beschäftigten plus Arbeitssuchenden – im Nenner – berechnet wurde). Es zeigte sich, daß der Abstand zwischen Frauen und Männern – da mehr Frauen sich vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hatten – zwar nicht so groß wie bei den Beschäftigtenquoten, aber immer noch beträchtlich war: 29,3% der Aussiedlerinnen und 14,5% der Aussiedler waren gut zwei Jahre nach dem Deutschkurs ohne Arbeit und arbeitssuchend, also arbeitslos²².

Zusätzlich zur Frage nach der Arbeitssuche wurde auch die Arbeitslosmeldung beim Arbeitsamt erhoben. Die Angaben stimmten weitgehend, jedoch nicht vollständig überein: Es gab Personen die arbeitslos gemeldet waren, sich aber nicht als arbeitssuchend bezeichneten, es gab jedoch noch mehr Personen und zwar vor allem Frauen, die nicht arbeitslos gemeldet waren, tatsächlich jedoch Arbeit suchten. Auf der Basis der Angaben zur Arbeitslosmeldung kommt man (bei ansonsten analoger Berechnung) für die Männer zu einer Arbeitslosenquote von 14%, für die Frauen von 25,6%²³.

Im Befragungszeitraum (Herbst 1993) lag die Arbeitslosenquote der Männer in Westdeutschland bei 9,0%, die der Frauen bei 9,1%. Aussiedlermänner hatten also eine um etwa fünf Prozentpunkte höhere Arbeitslosenquote als einheimische Männer. Dabei ist zu bedenken, daß sie alle zweieinhalb Jahre vorher, beim Austritt aus dem Deutschkurs arbeitslos gewesen waren. Den Aussiedlermännern ist also sehr rasch eine sehr weitgehende Eingliederung in den Arbeitsmarkt gelungen (was nur die Frage betrifft, ob man überhaupt eine Be-

²⁰ Jene Frauen, die angaben, sie seien in Mutterschafts- bzw. Erziehungsurlaub werden hier nicht den Beschäftigten zugerechnet, da sich ein großer Teil von ihnen, wie Folgefragen ergaben, in verständlicher Unkenntnis der Bedeutung des Begriffs, wohl fälschlicherweise dieser Kategorie zugeordnet hatte: Sie hatten alle Kleinkinder und die meisten bezogen Erziehungsgeld, waren also aus ihrer subjektiven Sicht „in Erziehungsurlaub“, nur wenige hatten jedoch schon in Deutschland gearbeitet.

²¹ Inwieweit dieser Status freiwillig gewählt oder durch vergebliche Arbeitssuche aufgezwungen war, kann nicht entschieden werden. Die Tatsache, daß der Rückzug aus der Erwerbstätigkeit in Berufsfeldern mit sehr niedrigen Beschäftigtenquoten besonders hoch war, läßt jedoch vermuten, daß sich ein Teil der Frauen auch aus Resignation nicht mehr um Arbeit bemühte.

²² Von fast allen Frauen kann man sagen, sie waren immer noch arbeitslos, nur ein Viertel der arbeitssuchenden Frauen hatte schon einmal einen Arbeitsplatz gehabt. Die meisten Männer dagegen, die Arbeit suchten, waren im Befragungszeitpunkt wieder arbeitslos, mehr als die Hälfte hatte schon einmal in Deutschland gearbeitet.

²³ Aus dem Ergebnis, daß von den Aussiedlerinnen deutlich mehr Arbeit suchen als arbeitslos gemeldet sind, kann man den Schluß ziehen, daß die Zahlen der amtlichen Statistik – sie weisen seit Jahren bei den arbeitslos gemeldeten Aussiedlern einen Frauenanteil von etwa 60% aus – die Arbeitslosigkeit der Aussiedlerinnen unterzeichnen.

schäftigung hat – die Art des Arbeitsverhältnisses bleibt vorerst ausgespart).

Einheimische Arbeitslose kommen allerdings noch schneller aus der Arbeitslosigkeit heraus, wie eine Analyse der Arbeitslosigkeitsdauern von Personen belegt, die im Juni 1996 ihre Arbeitslosigkeit beenden konnten. Obwohl zu jener Zeit die Gesamtarbeitsmarktsituation sehr viel schlechter war als zu Beginn der neunziger Jahre, hatten knapp 84% der Arbeitslosen ihre Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres und knapp 94% innerhalb von zwei Jahren beendet, oder anders formuliert: Nur gut 6% der Personen, die arbeitslos geworden waren, blieben länger als zwei Jahre arbeitslos²⁴.

Auch verglichen mit den Eingliederungsquoten der Aussiedler in den siebziger Jahren, schnitten die Männer der IAB-Erhebung schlechter ab. Nach einer Untersuchung der Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem war die Arbeitslosenquote von Aussiedlermännern, die 1976 nach Deutschland gekommen waren, drei Jahre später mit 2,2% sogar niedriger als die der Männer in Westdeutschland (vgl. Watrinet 1982: 214). Das gleiche gilt für die Übersiedler aus der ehemaligen DDR, die vor der Wende in den Westen gegangen waren. Wie sich in der IAB-Erhebung zeigte, waren Ende 1990 von jenen Männern, die ein bis eineinhalb Jahre vorher nach Westdeutschland gegangen waren, nur mehr 3%, und damit auch weitaus weniger als bei den einheimischen Männern (Arbeitslosenquote 6,3%), arbeitslos gewesen (vgl. Koller 1992: 177).

Betrachtet man die drei Gruppen: Aussiedler der siebziger Jahre, Übersiedler und Aussiedler der IAB-Erhebung, so hatten letztere in zwei Punkten schlechtere Bedingungen: Ihre Arbeitssuche fiel in eine Zeit der zunehmenden Rezession auf dem Arbeitsmarkt, und sie hatten nicht mehr so gute Deutschkenntnisse wie die Aussiedler früherer Jahre. Dieses Zusammentreffen ungünstiger Faktoren wirkte sich in entsprechend niedrigen Eingliederungsquoten aus. Dazu kommt, daß zu der äußerst raschen Eingliederung der Aussiedler früherer Jahre und der Übersiedler auch das besondere Bemühen um diese Personengruppen in jener Zeit beigetragen haben dürfte, mit dem die Aussiedler der IAB-Erhebung nicht mehr rechnen konnten.

Allerdings hatten auch die Aussiedlerinnen der siebziger Jahre weniger von einem solchen Wohlwollen, sofern es vorhanden war, profitiert. Ihre Arbeitslosenquote war mit 4,4% zwar niedrig, aber immerhin doppelt so hoch wie die der Männer. Den Übersiedlerinnen der Wendezeit schließlich kam weder die gute Arbeitsmarktlage noch irgendein „Übersiedlerbonus“ zugute. Ihre Arbeitslosenquote war mit 20% nicht sehr weit von jener der Aussiedlerinnen (rund 26%) entfernt. Und das obwohl insgesamt in Westdeutschland die Arbeitslosenquote der Frauen nur um etwa einen Prozentpunkt höher war (und seit 1995 sogar etwas niedriger ist) als die der Männer.

Aussiedlerinnen haben mit Frauen aus den neuen Bundesländern eine deutlich höhere Erwerbsorientierung gemein als sie

Frauen in Westdeutschland haben. Darauf wird häufig die überproportional hohe Frauenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern bzw. bei Aussiedlerinnen oder – bis zur Wende – bei Übersiedlerinnen zurückgeführt. Die hohe Erwerbsbeteiligung trifft auch für die Aus- und Übersiedlerinnen der IAB-Erhebungen zu: Während von den Frauen in Westdeutschland im Erwerbsalter 1993 59,6% am Erwerbsleben beteiligt, also *erwerbstätig oder arbeitslos* waren (vgl. Bundesanstalt für Arbeit 1995: 89), war von den Aussiedlerinnen mit 54% (bzw. 56%, wenn man, wie in der Vergleichszahl, die geringfügig Beschäftigten einschließt) ein fast genauso hoher Anteil *erwerbstätig*. Bei den Übersiedlerinnen lag der Erwerbstätigenanteil mit 70% sogar weit über der gesamten Erwerbsbeteiligung der Frauen in Westdeutschland (vgl. Koller 1992: 177). Eine „Ursache“ für die hohe Arbeitslosigkeit der Aussiedlerinnen (und auch der Übersiedlerinnen) ist ihre – verglichen mit den Einheimischen – höhere Erwerbsbeteiligung höchstens insofern, als (von Frauen wie von Männern) qua definitionem nur Erwerbspersonen arbeitslos sein können.

Insgesamt gesehen zeigte sich, daß die Aussiedlermänner der Erhebung zwar schlechter eingegliedert waren als die Aussiedler früherer Jahre und auch als die Übersiedler, der Abstand zur Arbeitslosenquote der Männer in Westdeutschland betrug jedoch nur sechs Prozentpunkte. Aussiedlerinnen waren wesentlich schlechter eingegliedert als die Männer, und sie hatten einen weitaus größeren Abstand zu einheimischen Frauen. Noch am ehesten war ihre Situation vergleichbar mit der der Übersiedlerinnen (hohe Erwerbsbeteiligung und hohe Arbeitslosigkeit), aber auch im Vergleich zu diesen waren sie merklich schlechter gestellt.

In folgenden geht es darum, welche weiteren Faktoren – außer dem Geschlecht – Einfluß auf die Eingliederungssituation der Aussiedler haben. Bei diesen Analysen wird von den Beschäftigtenquoten ausgegangen. Diese werden berechnet als Anteil der Beschäftigten an allen Befragten bzw. an allen Angehörigen der jeweiligen Teilgruppe. Als „beschäftigt“ werden hierbei Personen in Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung sowie in betrieblicher Berufsausbildung eingestuft. Für den Indikator „Beschäftigtenquote“ spricht, daß bei diesem (anders als bei der Arbeitslosenquote) eine Einteilung der Nichtbeschäftigten in Erwerbspersonen und solche, die endgültig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, vermieden wird. Das ist allein deshalb schon sinnvoll, weil alle Aussiedlerinnen und Aussiedler als Erwerbspersonen gekommen waren, und der Rückzug aus dem Erwerbsleben, wie erwähnt, in Berufsfeldern mit niedrigen Beschäftigtenquoten besonders groß war.

4.2 Welche Faktoren haben Einfluß auf die Beschäftigungssituation?

In Analysen zur Struktur einheimischer Arbeitsloser zeigt sich, daß nicht alle Personengruppen in gleicher Weise von Arbeitslosigkeit betroffen sind, und daß manche Gruppen besonders große Schwierigkeiten haben, wieder in Arbeit zu kommen. Aussiedlerinnen und Aussiedler, die erstmals in Deutschland eine Arbeit aufnehmen wollen, sind in einer ähnlichen Situation wie einheimische Arbeitslose. Insofern könnte es sein, daß Merkmale, die Einheimischen den Weg aus der Arbeitslosigkeit erschweren, bei Aussiedlern in ähnlicher Weise wirken. Allerdings sind noch weitere Merkmale zu berücksichtigen, die damit zu tun haben, daß Aussiedler nicht in Deutschland aufgewachsen sind, und ihre berufliche Qualifikation anderswo erworben haben.

²⁴ Zur Darstellung dieser Ergebnisse und der Erläuterung, inwieweit von der Verteilung der abgeschlossenen Dauer der Arbeitslosigkeit einer Abgangskohorte auf die zu erwartende Dauer bei Zugängen in Arbeitslosigkeit geschlossen werden kann, siehe Karr 1997: 37 – 46. Was den Vergleich mit den Aussiedlern betrifft, so ist einestheils zu berücksichtigen, daß ihre Arbeitssuche in eine Zeit mit relativ günstigen Arbeitsmarktbedingungen fiel und zum anderen, daß weniger als die Hälfte der arbeitslosen Aussiedler bereits seit zweieinhalb Jahren ununterbrochen arbeitslos war. Die übrigen hatten seit dem Deutschkurs schon einmal gearbeitet. Insofern dürfte der Abstand der Aussiedlermänner zu Einheimischen, was die Dauer bis zur (Wieder)Eingliederung in den Arbeitsmarkt betrifft, nicht sehr groß sein.

Tabelle 7: Berufliche Situation der Aussiedlerinnen und Aussiedler in der dritten Erhebungswelle nach der Familiensituation

Erwerbsstatus	Aussiedlerinnen						Aussiedler						Alle Befragten	
	mit Kindern unter 6 J. im Haushalt		nur Kinder ab 6 J. im Haushalt		keine Kinder im Haushalt		mit Kindern unter 6 J. im Haushalt		nur Kinder ab 6 J. im Haushalt		keine Kinder im Haushalt		absolut	in %
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %		
Vollzeit berufstätig	63	17%	278	38%	110	37%	241	76%	366	77%	164	55%	1222	49%
Teilzeit berufstätig	50	13%	137	19%	40	14%	5	2%	11	2%	1	0%	244	10%
in betriebl. Berufsausbildung	15	4%	40	6%	26	9%	18	6%	16	3%	37	12%	152	6%
nicht oder geringf. berufst.	248	66%	271	37%	119	40%	51	16%	85	18%	97	32%	871	35%
alle Personen	376	100%	726	100%	295	100%	315	100%	478	100%	299	100%	2489	100%

Tabelle 8: Berufliche Situation der Aussiedlerinnen und Aussiedler in der dritten Erhebungswelle nach Altersgruppen (Angaben in Prozent)

Erwerbsstatus	Aussiedlerinnen					Alle Aussiedlerinnen		Aussiedler					Alle Aussiedler	
	19-29 Jahre	30-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60-64 Jahre	absolut	in %	19-29 Jahre	30-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60-64 Jahre	absolut	in %
Vollzeit berufstätig	27%	32%	44%	25%	–	451	32%	66%	79%	79%	59%	–	770	71%
Teilzeit berufstätig	9%	17%	20%	20%	(7%)	227	16%	1%	1%	3%	2%	–	17	2%
in betriebl. Berufsausbildung	10%	6%	5%	1%	–	81	6%	17%	5%	2%	1%	–	71	7%
nicht oder geringf. berufst.	54%	46%	31%	54%	(93%)	637	46%	16%	15%	17%	39%	(100%)	233	21%
alle Personen absolut	293	595	313	180	15	1396		273	405	237	140	36	1091	

Werte in Klammern: Die Basis für die Prozentuierung beträgt weniger als 100 Personen.

4.2.1 Soziodemographische Merkmale

Betrachtet man die Beschäftigungssituation von Aussiedlerinnen und Aussiedlern in Abhängigkeit von Familiensituation und Alter (Tabellen 7 und 8), so macht sich bei den Frauen vor allem bemerkbar, ob sie Kleinkinder zu betreuen haben, während sich bei den Männern besonders ein höheres Alter (ab 50 Jahren) auswirkt.

Von den Aussiedlerinnen mit Kindern unter sechs Jahren im Haushalt hatten insgesamt 34% einen Arbeitsplatz, die Hälfte davon eine Vollzeitbeschäftigung. Aussiedlerinnen, die nur ältere Kinder oder keine Kinder im Haushalt hatten, waren zu 63% bzw. 60% in Beschäftigung. Die höheren Anteile waren fast ausschließlich auf mehr Vollzeitbeschäftigung zurückzuführen.

Bei den Männern gibt es auf der einen Seite jene mit Kindern im Haushalt, die unabhängig vom Alter der Kinder zu einem hohen Anteil (über 80%) in Arbeit waren, und auf der anderen Seite die Gruppe ohne Kinder im Haushalt; ihre Beschäftigtenquote lag nur bei 68%.

Familiensituation und Alter hängen eng zusammen: Aussiedler hatten bis zur Altersgruppe 40 bis 49 Jahre eine Beschäftigtenquote, die zwischen 83% und 85% lag. Von den 50- bis

59jährigen hatten nur 61% einen Arbeitsplatz (und von den älteren niemand mehr). Bei den Frauen war die Beschäftigtenquote mit 69% am höchsten bei den 40- bis 49jährigen, von den jüngeren (von denen viele kleine Kinder hatten) und von den älteren (die das Handicap „höheres Lebensalter“ hatten) waren mit Abstand weniger in Arbeit²⁵.

4.2.2 Qualifikation

In Deutschland ist schon seit Jahren ein enger Zusammenhang zwischen beruflicher Qualifikation und Arbeitslosigkeit festzustellen: Die Arbeitslosenquote ist am höchsten für Personen ohne Berufsausbildung. Und auch innerhalb der Personen mit Berufsausbildung ist die Arbeitslosigkeit bei geringer Qualifizierten höher als bei den formal besser Qualifizierten: So lag im Jahresdurchschnitt 1993 die Arbeitslosenquote in Westdeutschland für Erwerbspersonen ohne Ausbildung bei 17,7%, für jene mit Ausbildung lag sie zwischen 6% (Lehre, Berufsfachschule) und 2,8% (Fachschule) (IAB 1995: 233).

Daß sich ein solcher Einfluß der Berufsqualifikation auch bei Aussiedlerinnen und Aussiedlern bemerkbar macht, ist nicht von vornherein anzunehmen, da sie ihre Berufsqualifikation nicht in Deutschland erworben haben, und ihre Qualifikationen sich nach Aussagen der Arbeitgeber und auch nach den Erfahrungen von Experten der beruflichen Bildung häufig nicht mit den Arbeitsplatzanforderungen in Deutschland decken. Tatsächlich zeigte sich jedoch in der Tendenz ein ähnlicher Zusammenhang, wie Tabelle 9 belegt: Aussiedlerinnen und Aussiedler, die keinen oder noch keinen beruflichen Abschluß hatten oder als „Teilfacharbeiter“ auf der untersten Qualifikationsstufe standen, hatten niedrigere Eingliederungsquoten als Personen mit höherer beruflicher Qualifikation²⁶. Allerdings war der Abstand nicht sehr groß, möglicherweise weil viele Aussiedler mit formal höherer mitgebrachter Qualifikation eben doch nur in einer ähnlichen Situation wie Ungerlernte sind.

²⁵ Was den Einfluß dieser soziodemographischen Merkmale auf die Beschäftigtenquote betrifft, so waren die Aussiedlerinnen in der Struktur der Beschäftigtenquoten (z.B. den besonders niedrigen Beschäftigtenquoten der Frauen mit Kleinkindern im Vergleich zu allen übrigen Frauen) den Frauen in Westdeutschland ähnlicher als den Frauen in den neuen Bundesländern (vgl. Engelbrech / Gruber / Jungkunst 1997: 153), was darauf zurückzuführen sein dürfte, daß sie unter westdeutschen Arbeitsmarkt- und gesellschaftlichen Bedingungen lebten.

²⁶ In den vorausgehenden Tabellen wurden die Beschäftigtenquoten unterteilt nach Vollzeit-, Teilzeit und betrieblicher Berufsausbildung dargestellt, da Alter und Familiensituation Einfluß darauf haben, ob z.B. eine betriebliche Berufsausbildung oder eine Teilzeitbeschäftigung aufgenommen wird. Bei den übrigen potentiellen Einflußmerkmalen auf die Beschäftigtenquote ist das nicht der Fall, deshalb wird der Übersichtlichkeit halber in den jeweiligen Tabellen die Gesamtbeschäftigtenquote ausgewiesen.

Auffällig in Tabelle 9 ist, daß die Grundtendenz einer mit der Berufsqualifikation steigenden Beschäftigtenquote für Frauen und Männer gilt, wobei sich jedoch in beiden Gruppen „Ausreißer“ zeigen und zwar bei Frauen andere als bei Männern. Männer mit dem Berufsabschluß „Techniker“ waren entsprechend ihrer guten beruflichen Qualifikation zu einem überdurchschnittlich hohen Anteil in Beschäftigung. Von den Aussiedlerinnen dagegen waren unterdurchschnittlich wenige in Arbeit. Ein Grund hierfür dürfte sein, daß Männer und Frauen mit diesem Abschluß in sehr unterschiedlichen Berufen gearbeitet hatten. „Technikerabschluß“ bedeutet, daß eine über dem „Facharbeiter“ liegende Qualifikationsstufe erreicht wurde. Die Berufsinhalte können sich auf technische oder auch auf ganz andere Bereiche beziehen. Männer mit diesem Abschluß hatten z. B. als Elektriker, Schlosser oder in Verkehrsberufen gearbeitet, nur ein Teil war in Technikerberufen beschäftigt, die es auch in Deutschland gibt, wie z.B. als Bautechniker. Frauen mit Technikerabschluß hatten zum großen Teil in Verwaltungsberufen gearbeitet.

Tabelle 9: Berufliche Situation der Aussiedlerinnen und Aussiedler in der dritten Erhebungswelle nach im Herkunftsland erworbener beruflicher Qualifikation

höchster beruflicher Abschluß	Aussiedlerinnen in Beschäftigung		Aussiedler in Beschäftigung		alle Beschäftigten		alle Befragten absolut
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
(noch) kein Abschluß	103	50,2	67	72,0	170	57,0	298
Teilfacharbeiter	74	51,4	73	70,9	147	59,5	297
Facharbeiter	169	55,2	346	84,6	515	72,0	715
Meister	4	(50,0)	18	(75,0)	22	68,8	32
Techniker	139	51,9	113	79,6	252	61,5	410
Ingenieur	76	59,8	118	73,3	194	67,4	288
(sonstiger) Universitätsabschluß	53	59,6	28	(80,0)	81	65,3	124
anderer Abschluß	84	58,3	37	(78,7)	121	63,4	191
alle Befragten ¹⁾	702	54,4	800	78,9	1502	65,2	2305

¹⁾ nicht berücksichtigt sind Personen ohne (zuordenbare) Angaben zum Berufsabschluß
Werte in Klammern: Die Basis für die Prozentuierung beträgt weniger als 50 Personen

Beim Qualifikationsabschluß „Ingenieurdiplom“ waren es die Männer, die entgegen dem erwarteten Trend eine unterdurchschnittlich niedrige Beschäftigtenquote hatten, während bei den Aussiedlerinnen gute formale Qualifikation und relativ hohe Beschäftigtenquote übereinstimmten. Es fand sich keine plausible Erklärung für diese Unterschiede. Wobei auch hier wie bei den „Technikern“ zu bedenken ist, daß der Qualifikationsabschluß nicht mit dem Ingenieurberuf zu verwechseln ist. So hatten z.B. von den Männern mit Ingenieur-

diplom nur etwa ein Drittel Arbeitsplätze gehabt, die nach der Berufsklassifikation²⁷ zum Berufsabschnitt „Ingenieure“ gehören (umgekehrt hatten jedoch so gut wie alle Aussiedler, die im Herkunftsland zuletzt als „Ingenieure“ beschäftigt waren, einen entsprechenden Abschluß). Ein weiteres Drittel war – z.B. als Betriebsleiter – auf Arbeitsplätzen eingesetzt, für die ein Ingenieurdiplom erforderlich oder hilfreich sein dürfte. Die übrigen Männer mit Ingenieurdiplom waren als Meister oder Facharbeiter beschäftigt gewesen. Von den Ingenieurinnen hatte nur ein Viertel auf Arbeitsplätzen für Ingenieure gearbeitet, viele waren in der Verwaltung oder auch als Lehrerinnen tätig gewesen

Insgesamt gesehen zeigte sich also, daß Aussiedlerinnen und Aussiedler mit Berufsausbildung, obwohl sie diese nicht in Deutschland erworben hatten und obwohl ihnen, bezogen auf die Anforderungen in Deutschland auf allen Qualifikationsstufen Defizite nachgesagt werden, genau wie Einheimische bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben als Personen ohne Ausbildung. Allerdings ist die Kluft zwischen Personen mit und solchen ohne Ausbildung nicht so groß wie bei Einheimischen, was – wie noch gezeigt wird – damit zusammenhängen könnte, daß viele Aussiedler mit Ausbildung eben doch nur Arbeitsplätze als „Angelernte“ finden.

4.2.3 Herkunftsberufe

Das berufliche Qualifikationsniveau der Aussiedler gibt Hinweise auf die Dauer und das Anforderungsniveau der Ausbildung; welche konkreten Kenntnisse, Fertigkeiten und Erfahrungen mitgebracht werden, ist daraus jedoch nicht ersichtlich. Über beides, Qualifikationsniveau und Einsatzfeld, in dem Erfahrungen erworben wurden, sagt jedoch der mitgebrachte Beruf etwas aus. Gleichzeitig kann der Beruf als eine Art Bindeglied zu den Anforderungen auf Arbeitsplätzen betrachtet werden. Der Berufsbereich, in dem die Aussiedlerinnen und Aussiedler vor der Ausreise gearbeitet hatten, dürfte deshalb besonders großen Einfluß auf ihre Eingliederungschancen in Deutschland haben.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Wirtschaftsstruktur in Deutschland stark verändert. So ging z.B. die Anzahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft von 2,262 Millionen im Jahr 1970 bis zum Jahr 1993 auf 888 000 zurück, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich um 6 Millionen von 11,3 auf 17,3 Millionen zugenommen hat (vgl. Bundesanstalt für Arbeit 1994, S. 73). Diese Verschiebungen, und mehr noch rezessionsbedingte Einbrüche, führen dazu, daß auch bei Einheimischen, die ihre Berufsausbildung in Deutschland erhielten, die Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Berufsfeldern unterschiedlich hoch ist (vgl. a.a.O: 72 f.). Bei Aussiedlern dürfte das umso mehr der Fall sein, da ihre Berufsstruktur an einer – verglichen mit Deutschland – traditionelleren Wirtschaftsstruktur mit stärkerer Bedeutung des landwirtschaftlichen und produzierenden Sektors orientiert ist.

In Tabelle 10 ist ausgewiesen, zu welchem Anteil Aussiedlerinnen und Aussiedler aus den 12 am stärksten besetzten Berufsfeldern (erfaßt auf der Ebene der Berufsabschnitte) in der dritten Erhebungswelle in Arbeit waren. Betrachtet man Frauen und Männer getrennt – und läßt man sehr schwach besetzte Berufsfelder außer acht – so ergeben sich bei den Männern die höchsten Eingliederungsquoten für Elektriker, mit Abstand gefolgt von Männern aus Verkehrsberufen. Eine besonders niedrige Eingliederungsquote hatten Männer, die im Herkunftsland als „Techniker“ eingesetzt waren²⁸. Bei den Frau-

²⁷ Für die Analyse wurden Angaben zum Beruf an Hand der „Klassifizierung der Berufe“ der Bundesanstalt für Arbeit verkodet. Zusätzlich wurden ein für ehemalige DDR-Berufe entwickelter Umsteigeschlüssel und die Hilfe vieler Experten zu Rate gezogen. Berufe, deren Zuordnung schwierig war, wurden nicht in die Systematik gepreßt, sondern als „nicht zuordenbar“ eingestuft, es waren nicht sehr viele. Die Berufssystematik ist hierarchisch aufgebaut. Um genügend große Besetzungszahlen zu haben, wurde von der relativ allgemeinen Ebene „Berufsabschnitt“ ausgegangen. Ein Problem dieser Zusammenfassungen ist, daß sie nicht immer nach gleichen Kriterien erfolgen, z.B. werden teils Berufe gleichen – wie bei den Ingenieuren – und teils ungleichen Qualifikationsniveaus zusammengefaßt. Siehe hierzu auch die Ausführungen in Abschnitt 4.4.2.

²⁸ Auch hier ist wieder zu unterscheiden zwischen dem Qualifikationsabschluß „Techniker“, den z.B. auch viele Elektriker und Angehörige von Verkehrsberufen hatten und dem Berufsabschnitt „Techniker“, um den es hier geht.

Tabelle 10: Berufliche Situation der Aussiedlerinnen und Aussiedler in der dritten Erhebungswelle nach Herkunftsberufen

Berufsabschnitte	Aussiedlerinnen			Aussiedler			alle Befragten		
	Anzahl insgesamt	berufstätig absolut	in %	Anzahl insgesamt	berufstätig absolut	in %	Anzahl insgesamt	in % der Teilnehmer Welle 3	Anteil der Berufstätigen
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	265	132	49,8	28	18	(64,3)	293	11,7	51,2
Verkehrsberufe	54	31	57,4	190	152	80,0	244	9,8	75,0
Sozial- und Erziehungsberufe	187	105	56,1	18	13	(72,2)	205	8,2	57,6
Schlosser, Mechaniker u. zugeord. Berufe	8	8	(100)	185	144	77,8	193	7,7	78,8
Gesundheitsdienstberufe	115	76	66,1	22	16	(72,7)	137	5,5	67,2
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischerei	45	25	55,6	66	49	74,2	111	4,4	66,7
Techniker, Techn. Sonderfachkräfte	48	28	58,3	56	38	67,9	104	4,2	63,5
Textil- und Bekleidungsberufe	98	55	56,1	3	3	(100)	101	4,0	57,4
Elektriker	9	6	(66,7)	91	82	90,1	100	4,0	88,0
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	40	24	(60,0)	53	41	77,4	93	3,7	69,9
Warenkaufleute	83	42	50,6	6	5	(83,3)	89	3,6	52,8
allgemeine Dienstleistungsberufe	74	41	55,4	4	4	(100)	78	3,1	57,7
Summe der aufgeführten Berufsabschnitte	1026	573	55,8	722	565	78,3	1748	70,1	65,1
alle Befragten	1401	759	54,2	1094	859	78,5	2495	100	64,8

Prozentwerte in Klammern: Die Basis für die Prozentuierung beträgt weniger als 50 Personen

en war die Beschäftigtenquote am höchsten bei den Angehörigen von Gesundheitsdienstberufen, mit relativ großem Abstand folgten Frauen, die im Berufsabschnitt „Techniker, technische Sonderfachkräfte“ gearbeitet hatten (viele waren Laborantinnen gewesen). Am niedrigsten war die Beschäftigtenquote bei Frauen aus „Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen“ (das gleiche gilt für die wenigen Männer aus diesen Berufen) und für Frauen, die als „Warenkaufleute“, meist als Verkäuferinnen, gearbeitet hatten.

Betrachtet man die in Tabelle 10 aufgeführten Beschäftigtenquoten vor dem Hintergrund der konjunkturellen Situation in Deutschland Ende 1993, zeigt sich, daß hohe Beschäftigtenquoten immer mit einer günstigen Arbeitsmarktsituation in dem jeweiligen Berufsfeld zu erklären sind (und – siehe Abschnitt 4.4.2 – auch mit einer hohen Eingliederung im früheren Berufsfeld verbunden sind), niedrige Beschäftigtenquoten dagegen sind nicht immer auf eine schlechte Arbeitsmarktsituation zurückzuführen. Sie können auch ein Zeichen für ein besonders starkes Auseinanderklaffen von Berufsanforderungen und mitgebrachter Qualifikation sein (das gilt, allein schon wegen der Sprache, mehr oder weniger für alle kommunikationsorientierten Berufe, wie Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe oder Verkaufsberufe) bzw. auch dafür, daß die betreffenden Berufsangehörigen weder im mitgebrachten Berufsfeld noch auf berufsfremdem Gebiet viele Beschäftigungsmöglichkeiten haben oder wahrnehmen wollen, denn wie noch gezeigt wird (vgl. Abschnitt 4.4.2), ist ein großer Anteil der Aussiedlerinnen und Aussiedler berufsfremd eingesetzt. Bei den in Tabelle 10 ausgewiesenen Quoten geht es um Eingliederung in Beschäftigung, unabhängig vom jeweiligen Einsatzfeld.

4.2.4 Die spezielle Situation als Zuwanderer: Deutschkenntnisse, Herkunftsland und soziale Netzwerke

Bei den bisher besprochenen Merkmalen ging es darum, inwieweit Eigenschaften, die auch bei Einheimischen die Ar-

beitsmarktchancen beeinflussen, sich auf die Beschäftigungssituation von Aussiedlerinnen und Aussiedlern auswirken. Für Aussiedler kommen jedoch weitere Bedingungen hinzu, die sich aus ihrer Zuwanderersituation ergeben. Zwei sehr wesentliche seien herausgegriffen: Zum einen das Beherrschen der Sprache des Aufnahmelandes, also die Deutschkenntnisse, und zum anderen inwieweit sie einen Rückhalt in einer „Einwanderergesellschaft“ haben, in Verwandten und Angehörigen, die schon früher zugewandert sind, und ein Bindeglied zur Gesellschaft der Einheimischen sein können.

Deutschkenntnisse

Deutschkenntnisse sind eine unabdingbare Voraussetzung dafür, daß die Eingliederung in den Arbeitsmarkt gelingen kann. Aus diesem Grund wurde Ende der achtziger Jahre die Förderung der Teilnahme an einem Deutschsprachkurs in das AFG aufgenommen²⁹.

Etwa 30% der Aussiedler der IAB-Erhebung konnten bei der Ankunft kein Deutsch (Tabelle 3), die übrigen sprachen es mehr oder weniger gut. Eine Auswertung zum Zusammenhang von „mitgebrachten“ Deutschkenntnissen und der Beschäftigungssituation in der dritten Erhebungswelle (nicht tabellarisch ausgewiesen) zeigte keinen Zusammenhang: Aussiedler, die bei der Ankunft schon relativ gut deutsch sprachen, waren in der dritten Erhebungswelle nicht besser eingegliedert als jene, die zum Zeitpunkt der Aussiedlung so gut wie kein Deutsch konnten. Trotzdem gibt es einen sehr deutlichen Zusammenhang zwischen Deutschkenntnissen und Erwerbssituation, jedoch nicht mit den Anfangskenntnissen, sondern – plausiblerweise – mit dem späteren Wissensstand. Dieser Zusammenhang gilt für Frauen und Männer, bei Frauen (denen kommunikationsärmere Berufsfelder weniger offenstehen) ist er besonders ausgeprägt. Wie aus Tabelle 11 ersichtlich ist, hatten Aussiedlermänner, die ihre Deutschkenntnisse in der dritten Erhebungsstufe immer noch als „eher schlecht“ einstufen, in dieser Zeit nur zu 68% einen Arbeitsplatz, von jenen mit sehr guten Deutschkenntnissen dagegen waren es 83%. Bei den Aussiedlerinnen sind die Unterschiede noch größer: Von jenen, die „eher schlecht“ deutsch sprachen, waren 32% in Beschäftigung, von den Frauen mit sehr

²⁹ Seit 1993 jedoch werden diese Eingliederungsleistungen für Aussiedler nicht mehr aus den Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit und damit von der Gemeinschaft der Beitragszahler finanziert, sondern aus Steuermitteln, die in den BA-Haushalt eingebracht werden.

guten Deutschkenntnissen dagegen 65%, und es ist sogar ein Zusammenhang in der Rangfolge zwischen dem Beherrschen der deutschen Sprache und der Beschäftigtenquote festzustellen.

Tabelle 11: Berufliche Situation der Aussiedlerinnen und Aussiedler in der dritten Erhebungswelle nach Deutschkenntnissen

Deutschkenntnisse	Aussiedlerinnen in Beschäftigung		Aussiedler in Beschäftigung		alle Beschäftigten		alle Befragten
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
sehr gut	81	64,8	55	82,1	136	70,8	192
gut	380	59,2	364	77,8	744	67,0	1110
es geht	268	49,1	392	80,5	660	63,9	1033
eher schlecht	28	32,9	48	66,7	76	48,4	157*
alle Befragten	757	54,1	859	78,5	1616	64,8	2492

* einschließlich drei Personen, die „gar nicht“ deutsch sprechen konnten

Herkunftsland und soziale Netzwerke

In der zweiten Erhebungswelle, als für die meisten Aussiedler der Deutschkurs erst wenige Monate zurücklag, hatten sich je nach Herkunftsland sehr große Unterschiede der Eingliederungsquoten gezeigt: Von den Aussiedlern aus Polen waren 28% in Arbeit, von jenen aus der ehemaligen UdSSR 32% und von den Rumänienaussiedlern schon 39%. Eine Überprüfung weiterer Faktoren ergab in mancher Hinsicht günstigere Bedingungen für Rumänienaussiedler, voll und ganz konnten die Unterschiede damit jedoch nicht erklärt werden (vgl. Koller 1993a).

Bis zur dritten Erhebungswelle, zwei Jahre später, hat die Beschäftigung bei allen drei Gruppen um mehr als 30 Prozentpunkte zugenommen. Aussiedler aus Polen und der ehemali-

gen UdSSR haben gegenüber jenen aus Rumänien etwas aufgeholt, aber immer noch blieb die ursprüngliche Rangfolge erhalten: Am höchsten war die Beschäftigtenquote mit 71% bei den Rumänienaussiedlern, für jene aus der ehemaligen UdSSR lag sie bei 66% und für die Polenaussiedler bei 62%. Sogar wenn man Frauen und Männer getrennt betrachtete, ergab sich jeweils die gleiche Rangfolge der Herkunftsländer und zwar für die Männer 85% (Rumänienaussiedler), 79% (Aussiedler aus der ehemaligen UdSSR) und 76% (Polenaussiedler). Bei den Frauen betragen die entsprechenden Quoten 59%, 54% und 52%.

Die relativ gute Eingliederungssituation von Rumänienaussiedlern ist bekannt und wird meist mit ihren besseren Deutschkenntnissen und ihren gut funktionierenden sozialen Netzwerken in Verbindung gebracht. Die Rumänienaussiedler der IAB-Erhebung konnten anfangs nicht besser deutsch sprechen als die anderen Sprachkursteilnehmer – allerdings war ihr Lernerfolg größer³⁰. Was ihre sozialen Netzwerke im Vergleich zu jenen anderer Aussiedlergruppen betrifft, so hatten, wie erwähnt, so gut wie alle Aussiedler, unabhängig von Herkunftsland, bereits Verwandte in Deutschland gehabt, und die meisten hatten auch in der Anfangszeit Hilfe und Unterstützung von diesen Angehörigen erhalten. In welchem Umfang das je nach Herkunftsland der Fall war, und inwieweit ein Zusammenhang zwischen Verwandtenhilfe und Beschäftigungssituation festzustellen ist, ist in Tabelle 12 zusammengefaßt. Darin zeigt sich folgendes:

Nicht die Rumänienaussiedler, sondern jene aus der ehemaligen UdSSR konnten am häufigsten auf Hilfe von Personen, die bereits in Deutschland waren, zurückgreifen – mehr als 75% machten entsprechende Angaben (Rumänienaussiedler 69%), und gleichzeitig wirkte sich bei ihnen diese Verwandtschaftshilfe besonders positiv auf die Eingliederung in Arbeit aus. Von den Aussiedlern aus der ehemaligen UdSSR, die solche sozialen Netzwerke hatten, waren 68% in Arbeit, von jenen ohne solche Unterstützung nur knapp 59%. Auch bei den Rumänienaussiedlern war die Beschäftigtenquote derjenigen, die angaben, sie hätten in der Anfangszeit Hilfe von Verwandten oder Freunden erhalten, höher als bei jenen, die keine Hilfe erhalten hatten, die Unterschiede betragen jedoch nur 4 Prozentpunkte. Bei Polenaussiedlern war die Beschäftigtenquote immer gleich niedrig, ob sie Hilfe von Verwandten erhalten haben oder nicht.

Die Ergebnisse von Tabelle 12 bestätigen also die Vermutung, daß sich der Rückhalt von Verwandten und Freunden, die schon besser eingegliedert sind und eine Art Vermittlungsinstanz zum Leben in Deutschland sein können, positiv auf die berufliche Eingliederung auswirkt. Die weitergehende Vermutung, daß Rumänienaussiedler besonders stark von solchen Netzwerken profitieren würden, bestätigte sich nicht³¹.

³⁰ 59% von ihnen konnten in der dritten Erhebungswelle sehr gut oder gut deutsch sprechen, bei den Aussiedlern aus der ehemaligen UdSSR waren es 54%, bei jenen aus Polen 47%.

³¹ Allerdings kann hier die Bedeutung sozialer Netzwerke nicht abschließend behandelt werden. So hatten Rumänienaussiedler, die in Arbeit waren, häufiger als andere Aussiedler angegeben, sie wären durch Informationen von Freunden oder Angehörigen zu ihrem Arbeitsplatz gekommen – diese Aussage machten auch Personen, die nach eigener Einstufung in der Anfangszeit keine Unterstützung von Verwandten gehabt haben. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß die bereits in Deutschland lebenden Angehörigen von Rumänienaussiedlern in der Regel besonders gut integriert waren und damit besonders wirksam zur Integration späterer Ankömmlinge beitragen konnten (vgl. hierzu Elwert 1982). Solche indirekte Unterstützung ist den Befragten möglicherweise gar nicht bewußt. In unserer Erhebung sagten z.B. rund 23% der berufstätigen Rumänienaussiedler, sie seien über ein Zeitungsinserat zu ihrem Arbeitsplatz gekommen. Dieser Weg wurde von den anderen Aussiedlergruppen weit weniger genutzt.

Tabelle 12: Berufliche Situation der Aussiedler nach Herkunftsland und Unterstützung in der Anfangszeit

berufliche Situation	Haben am Anfang des Aufenthalts Verwandte oder nähere Bekannte, die schon hier lebten, geholfen?									
	Herkunftsland Polen		Herkunftsland Rumänien		Herkunftsland ehem. UdSSR		alle Befragten			
	ja %	nein %	ja %	nein %	ja %	nein %	Anzahl	ja in %	Anzahl	nein in %
in Beschäftigung	61,6	61,2	72,3	68,1	68,0	58,6	1205	66,2	401	60,6
nicht (oder geringfügig) berufstätig	38,4	38,8	27,7	31,9	32,0	41,4	614	33,8	261	39,4
Anzahl der Befragten	596	242	159	72	1064	348	1819		662	
in %	71,1	28,9	68,8	31,2	75,4	24,6	73,3		26,7	

Zu beiden hier besprochenen Merkmalen, die sich auf die Tatsache beziehen, daß Aussiedler Zuwanderer in Deutschland sind, könnte man als Ergebnis zusammenfassen, daß ihre Beschäftigtenquote umso besser ist, je weniger sie sich von Einheimischen unterscheiden: Personen, die gut deutsch sprechen und die auf Unterstützung von Personen, die schon Einheimische sind, zurückgreifen können, sind zu einem höheren Anteil in Beschäftigung als Personen, bei denen das nicht der Fall ist.

4.3 Das Zusammenwirken der Einflußfaktoren – Ergebnisse der multivariaten Analyse

Die bisherige Analyse beschränkte sich auf die sukzessive Darstellung der Ergebnisse zu den einzelnen Faktoren, die Einfluß auf die Beschäftigungssituation von Aussiedlerinnen und Aussiedlern haben können. Das Verhältnis der verschiedenen Faktoren zueinander und ihr Beitrag zur Beschäftigtenquote läßt sich daraus nicht bestimmen. Das ist jedoch möglich durch den Einsatz multivariater Analyseverfahren, bei der gegebenen Fragestellung und den vorliegenden Daten durch die Berechnung logistischer Regressionsanalysen.

Die Ergebnisse dieser Analysen, die getrennt für Aussiedlerinnen und Aussiedler und zusätzlich für alle Befragten durchgeführt wurden, sind in Tabelle 13 zusammengestellt. Wie daraus ersichtlich ist, haben die bisher besprochenen Merkmale in ihrer Gesamtheit einen hochsignifikanten Einfluß auf die Beschäftigungssituation von Aussiedlerinnen und Aussiedlern, und zudem hat eine Reihe von Merkmalen für sich allein einen hochsignifikanten Einfluß. Betrachtet man die Analyse über alle Befragten, zeigt sich auch hier der überragende Einfluß des Merkmals Geschlecht: Für Männer ist die Wahrscheinlichkeit, in Arbeit zu sein, hochsignifikant größer als für Frauen³². Weitere hochsignifikante Einflüsse gehen – jeweils in der Richtung, die sich auch bei den bivariaten Analysen zeigte – aus vom Alter, dem Vorhandensein von kleineren Kindern im Haushalt und von den Deutschkenntnissen. Zum Einfluß des Herkunftsberufs (untersucht wurden die in Tabelle 13 aufgeführten sechs Berufsabschnitte, aus denen gut 50% der befragten Aussiedler kamen, im Verhältnis zu allen übrigen Berufen) zeigte sich, daß für Personen, die Elektriker gewesen waren, die Wahrscheinlichkeit, in Arbeit zu sein, hochsignifikant größer war als für Personen aus der Referenzgruppe. Von den mitgebrachten Qualifikationsabschlüssen hatte lediglich der Facharbeiterabschluß einen signifikant positiven Einfluß auf die Beschäftigungssituation. Interessant ist im Vergleich zu den univariaten Analysen, daß das Herkunftsland bei der gleichzeitigen Betrachtung aller Merkmale keinen Einfluß auf die Beschäftigungssituation hat. Das gleiche gilt für die Unterstützung durch Verwandte in der Anfangszeit. Das bedeutet, es sind eben doch andere, und zwar vor allem die signifikant einflußreichen Merkmale, die über das Herkunftsland auf die Beschäftigungssituation wirken.

Bei der getrennten Betrachtung von Frauen und Männern fällt der Einfluß des Merkmals Geschlecht weg. Für Männer kommen damit zusätzlich andere Merkmale zum Tragen. Das sind vor allem Qualifikationsmerkmale. So steigt die Wahrscheinlichkeit, einen Arbeitsplatz zu haben, mit den Jahren des Schulbesuchs und mit einem Universitätsabschluß (gegen-

Tabelle 13: Einflußfaktoren auf die Beschäftigungssituation von Aussiedlerinnen und Aussiedlern (logistische Regressionsanalysen)

Merkmal	alle Aussiedler	Aussiedlerfrauen	Aussiedlermänner
Geschlecht: Männer	1,0951 **		
verheiratet und mit Ehepartner in Deutschland lebend (anderer Familienstand)	0,1424	- 0,1085	1,2177 **
Mit Kind unter 6 Jahren (nur größere oder keine Kinder)	- 0,9861 **	- 1,3837 **	- 0,5470 *
Geburtsjahr	0,0365 **	0,0160 *	0,0796 **
Jahre des Schulbesuchs	0,0435	0,0055	0,0963 *
Qualifikationsabschluß (kein Abschluß)			
Teilfacharbeiter	0,0913	0,1343	0,1723
Facharbeiter	0,3575 *	0,2553	0,6635 *
Techniker	0,1725	0,1562	0,2051
Ingenieur	0,1745	0,4515	- 0,1097
Unabschluss	0,2835	0,2204	1,2486 *
anderer Abschluß	0,2678	0,2754	0,1844
Herkunftsberufsabschnitt			
Gesundheitsdienstberuf	0,3609	0,5502 *	- 1,4981 *
Organisationsberuf	- 0,2544	- 0,2552	- 0,4183
Elektriker	1,0334 **	n.a.	0,9262 *
Schlosser	0,1991	n.a.	0,0067
Sozial-, Erziehungsberuf	- 0,0994	- 0,0109	- 1,0383
Verkehrsberuf	0,1636	0,0629	- 0,0094
Herkunftsland (ehem. UdSSR)			
Polen	- 0,1412	- 0,0124	- 0,3456
Rumänien	0,1672	0,1204	0,2949
Haben anfangs Verwandte geholfen?	0,1859	0,1771	0,2572
Deutschkenntnisse („es geht“ bis „gar nicht“) „sehr gut“ oder „gut“	0,3247 **	0,4939 **	0,0505
Konstante	- 2,5670	- 0,8949	- 5,1059
Model (χ^2)	295,560 **	131,902 **	136,153 **
Freiheitsgrade	21	18	20
Anzahl der Personen	2238	1254	984

Signifikanzniveau ** ($p < 0,01$) * ($p < 0,05$)

abhängige Variable 1 = in Arbeit (Vollzeit oder Teilzeit oder betriebliche Berufsausbildung)
0 = nicht in Arbeit (oder geringfügig beschäftigt)

Basiskategorien soweit erforderlich in Klammern genannt
n.a.: wegen zu geringer Fallzahlen nicht aufgenommen

über der Referenzkategorie „ohne Abschluß“). Das gleiche gilt für den Facharbeiterabschluß. Was die Familiensituation betrifft, so ist die Wahrscheinlichkeit, in Arbeit zu sein, für verheiratete Männer hochsignifikant größer als für Männer mit anderem Familienstand. Ein Kleinkind zu haben, wirkt sich dagegen auch bei Männern signifikant negativ aus. Deutschkenntnisse haben bei Männern keinen signifikant positiven Einfluß.

Bei den Aussiedlerinnen dagegen ist der Einfluß der Deutschkenntnisse hochsignifikant positiv. Neben diesen macht sich – hochsignifikant negativ – bemerkbar, wenn sie kleinere Kinder haben. Außerdem ist für Frauen aus Gesundheitsdienstberufen die Wahrscheinlichkeit, in Arbeit zu sein, signifikant größer als für Frauen aus der Referenzkategorie „übrige Berufe“, und jüngere Frauen sind besser eingegliedert als ältere. Dieses letzte Ergebnis verdeutlicht den Erkenntnisbeitrag der multivariaten Analyse: In der bivariaten

³² Auch in einer logistischen Regression über die Arbeitsmarktintegration der Zuwanderer Stichprobe des sozioökonomischen Panels, die Personen aus den neuen Bundesländern, Aussiedler und Ausländer einschließt, zeigten sich deutlich schlechtere Beschäftigungschancen von Frauen. Vgl. Seifert 1996: 193.

Auswertung (Tabelle 8) ergab sich für jüngere Frauen eine niedrige Beschäftigtenquote, die damit zusammenhängt, daß viele von ihnen Kleinkinder hatten. Durch die multivariate Analyse können die Effekte der Merkmale „Alter“ und „Kleinkinder im Haushalt“ getrennt werden, und es zeigt sich, daß der Alterseffekt bei den Frauen der gleiche ist wie bei den Männern: Je später sie geboren sind (also je jünger sie sind), desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, einen Arbeitsplatz zu haben.

Insgesamt gesehen wurde durch die multivariate Analyse die in der bivariaten Analyse festgestellte Wirkungsrichtung der Merkmale bestätigt, in den wenigen Fällen, in denen das nicht der Fall war, konnte durch die multivariate Analyse der Einfluß überlagernder Merkmale kontrolliert werden.

4.4 Welche Beschäftigungsverhältnisse haben Aussiedlerinnen und Aussiedler? Wie gut sind sie eingegliedert?

Überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben und nicht von staatlichen Transferleistungen abhängig zu sein, bedeutet für Aussiedlerinnen und Aussiedler einen wesentlichen Schritt in Richtung Eingliederung in das Wirtschaftssystem in Deutschland. Auf lange Sicht ist es jedoch auch wichtig, wie „gut“ dieser Arbeitsplatz ist. Das bedeutet einmal, inwieweit er den Wünschen und Vorstellungen der jeweiligen Beschäftigten entspricht, zum anderen lassen sich mehr oder weniger objektive Kriterien ansetzen, die nach allgemeinem Verständnis etwas über die Beschaffenheit und Qualität eines Arbeitsplatzes aussagen. Zu beiden Ansatzpunkten gibt es Informationen aus der IAB-Erhebung. Die folgende Betrachtung der Arbeitsverhältnisse der Aussiedler orientiert sich in erster Linie an den objektiven Kriterien. Die Arbeitsverhältnisse werden an folgenden Kriterien, über deren Eignung als Bewertungsmaßstab relativ großer Konsens besteht, gemessen:

Im einzelnen geht es um

- die Art des Arbeitsvertrages,
- die Verwertbarkeit von Kenntnissen und Fertigkeiten,
- das Einkommen.

4.4.1 Die Art des Arbeitsvertrags

Unter dieser Überschrift werden drei Aspekte zusammengefaßt, nämlich: Befristung, Leiharbeit und die Sozialversicherungspflicht des Beschäftigungsverhältnisses. Wobei in diese Betrachtung geringfügige Beschäftigungsverhältnisse nicht einbezogen werden und zwar vor allem deshalb nicht, weil Personen mit solchen Beschäftigungsverhältnissen bei der vorhergehenden Analyse nicht als Berufstätige gezählt wurden.

Befristung

Läßt man Personen in betrieblicher Ausbildung, die üblicherweise nur einen Vertrag bis zum Ausbildungsende haben, außer acht, so gilt für 11% der Aussiedler mit Arbeitsplatz, daß sie eine befristete Beschäftigung hatten. Teilzeitbeschäftigte hatten mit 14% häufiger einen befristeten Arbeitsvertrag als Vollzeitbeschäftigte (10%) und Frauen häufiger als Männer (14% zu 8%), wobei die Unterschiede nicht allein auf die höhere Teilzeitquote der Frauen zurückzuführen sind.

³³ Dieser Bezug wurde gewählt, weil die Versicherungspflicht zur Rentenversicherung (wie auch zur Krankenversicherung) bereits bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 14 Stunden einsetzt, während im Erhebungsjahr die Arbeitszeitgrenze für die Arbeitslosenversicherung höher lag.

Die Befristungsquote der Aussiedler ist höher als die der Einheimischen. Nach einer Analyse des IAB, basierend auf den Mikrozensusdaten (Rudolph 1996), hatten in Westdeutschland im Jahr 1993 5% aller Arbeiter und Angestellten einen Zeitvertrag. Die Arbeitsverhältnisse der Einheimischen bestehen jedoch teilweise schon seit Jahrzehnten, während die Aussiedler alle 1991 in Deutschland beruflich neu beginnen mußten. Insofern sollte die Befristungsquote aller neu abgeschlossenen Arbeitsverhältnisse ebenfalls betrachtet werden. Büchtemann und Höland (1989: 60) gehen in einer empirischen Untersuchung davon aus, daß „zwischen 40% und 45% aller Neueinstellungen in der Gesamtwirtschaft mit (zunächst) befristetem Arbeitsvertrag erfolgen“. Die Aussage darüber, ob von einer überproportional hohen Befristungsquote bei den Arbeitsverhältnissen der Aussiedler gesprochen werden kann, muß letztlich nach dieser Datenlage offen bleiben.

Leiharbeit

Auch eine Beschäftigung als Leiharbeiter bei einer Zeitarbeitsfirma wird im allgemeinen nicht als wünschenswerte Dauerlösung betrachtet. Andererseits sind in den letzten Jahren einige Vorurteile gegenüber dieser Beschäftigungsform ausgeräumt worden, da sie für Arbeitnehmer eine Brücke zu einer regulären Beschäftigung sein kann. Insofern könnte man sich vorstellen, daß sie auch für Aussiedler hilfreich sein kann, da diese über die Zeitarbeitsfirma unterschiedliche Arbeitgeber kennenlernen, und sich möglicherweise die Gelegenheit für ein reguläres Arbeitsverhältnis ergibt. Von den Aussiedlern der IAB-Erhebung waren insgesamt 15 Personen – acht Frauen und sieben Männer – bei einer Zeitarbeitsfirma beschäftigt. Ihr Anteil ist mit 0,9% der Beschäftigten zwar höher als das entsprechende Verhältnis bei allen Arbeitnehmern (1993 waren in Westdeutschland etwa 115 000 Personen bei Zeitarbeitsfirmen beschäftigt, das waren rund 0,4% aller Beschäftigten; 1995 lag der Anteil bei knapp 0,6%), aber die absoluten Zahlen sind so niedrig, daß daraus keine verallgemeinernden Schlußfolgerungen gezogen werden sollen.

Sozialversicherung

Befristung und Leiharbeit sind rechtlich zulässige Vertragsformen, auch wenn sie für viele Arbeitnehmer nicht gerade attraktiv sind. Nicht zulässig dagegen ist, daß für Beschäftigungsverhältnisse, die in Einkommen und Arbeitszeit über die Geringfügigkeitsgrenze hinausgehen, keine Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden. Allerdings gibt es auch hier die legale Konstruktion der „Scheinselbständigkeit“. Die Aussiedler der IAB-Erhebung wurden danach gefragt, ob sie durch ihr Arbeitsverhältnis sozialversichert sind, und zwar ob Rentenversicherungsbeiträge abgeführt würden³³. Dabei ging es nicht darum, etwaige „Schwarzarbeit“ aufzudecken, was durch eine Befragung und insbesondere eine solche, hinter der die Bundesanstalt für Arbeit steht, ohnehin nicht möglich ist, sondern festzustellen, inwieweit die Aussiedler reguläre, gesicherte Arbeitsverhältnisse hatten.

Tatsächlich waren so gut wie alle Frauen und Männer, die voll berufstätig waren (jeweils 99%), rentenversichert. Geringer war die Quote mit 87% bei den Frauen in Teilzeitbeschäftigung (die wenigen teilzeitbeschäftigten Männer dagegen waren alle rentenversichert). Von den nicht versicherten teilzeitbeschäftigten Frauen hatten die meisten ein Arbeitsverhältnis von höchstens 14 Wochenstunden. Der niedrigere Anteil von rentenversicherten Arbeitsverhältnissen bei den Frauen hängt

Tabelle 14: Übereinstimmung der Tätigkeit im Herkunftsland und in Deutschland bei Aussiedlerinnen und Aussiedlern nach Art der Berufstätigkeit

	Beschäftigung im gleichen Berufsabschnitt wie im Herkunftsland		Beschäftigung in einem anderen Berufsabschnitt als im Herkunftsland		Vergleich nicht durchführbar ¹⁾		alle Befragten mit Arbeitsplatz absolut
	Angaben in %		Angaben in %		Angaben in %		
	Aussiedlerinnen	Aussiedler	Aussiedlerinnen	Aussiedler	Aussiedlerinnen	Aussiedler	
voll berufstätig	31,0	29,1	56,5	61,7	12,5	9,2	1222
in regelmäßiger Teilzeitbeschäftigung	17,6	(35,3)	63,9	(41,2)	18,5	(23,5)	244
in betrieblicher Ausbildung/Umschulung	(23,5)	(15,5)	(58,0)	(53,5)	(18,5)	(31)	152
geringfügig beschäftigt	(29,6)	(0)	(63,0)	(100,0)	(7,4)	(0)	30
alle Personen	26,3	28,0	59,0	60,8	14,7	11,2	1648

¹⁾ entweder weil die Betroffenen von der Ausreise nicht berufstätig waren oder weil Angaben zur Beschäftigung keiner Berufsklassifikation zugeordnet werden konnten.

Werte in Klammern: Die Basis für die Prozentuierung beträgt weniger als 100 Personen

also in erster Linie mit ihren geringeren Arbeitszeiten zusammen³⁴.

Insgesamt gesehen waren Aussiedlermänner im Hinblick auf die besprochenen Vertragsmerkmale – soweit es Vergleichsmöglichkeiten gibt – nur sehr geringfügig schlechter gestellt als Einheimische. Bei den Aussiedlerinnen dagegen war der Abstand größer.

4.4.2 Die Art der Tätigkeit

Sowohl unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten als auch aus der Perspektive der Betroffenen erscheint es erstrebenswert, daß die Aussiedler auf ihren Arbeitsplätzen in Deutschland mitgebrachte Kenntnisse und Fertigkeiten verwerten können und nicht auf „unterwertige Beschäftigungen“ ausweichen müssen. Inwieweit das der Fall ist, kann durch eine Befragung nicht mit letzter Genauigkeit beantwortet werden. Hierfür müßten jeweils vorhandene und für die Beschäftigung erforderliche Qualifikationen erfaßt und abgeglichen werden. Was jedoch möglich ist, sind Aussagen dazu, inwieweit die Aussiedler bei ihrer neuen Beschäftigung in ihrem mitgebrachten Berufsfeld verblieben sind oder das Berufsfeld gewechselt haben, und viele dieser Wechsel sind mit offensichtlich niedrigeren Qualifikationsanforderungen verbunden. Allerdings sind bei der Interpretation der Ergebnisse eines solchen Abgleichs die mit seiner Durchführung verbundenen Voraussetzungen bzw. Einschränkungen zu berücksichtigen. Sie betreffen vor allem zwei Punkte:

- Gleiche Berufsbezeichnungen in Deutschland und den Herkunftsländern sind häufig nicht mit den gleichen Tätigkeits- und Wissensinhalten verbunden. Das gilt nicht einmal für Berufe, die formell als gleichwertig anerkannt wurden³⁵, denn die Anerkennungspraxis wird im großen und ganzen so gehandhabt, daß sie stärker am Prinzip der sozialen Besitz-

standswahrung als an der materiellen Gleichwertigkeit orientiert ist. Die Anerkennung eines Berufsabschlusses ist also nicht als Bescheinigung über entsprechende Kenntnisse aufzufassen.

- Und es gibt ein methodisches Problem: Der Abgleich der Berufsfelder wurde anhand der Berufssystematik und – um zusammenfassende Aussagen machen zu können – auf einer relativ allgemeinen Stufe, nämlich der der „Berufsabschnitte“, vorgenommen. Die Kriterien, nach denen in der Berufssystematik die Zusammenfassungen von „Berufsordnungen“ zu „Berufsgruppen“ und schließlich zu „Berufsabschnitten“ vorgenommen werden, sind in den verschiedenen Berufsfeldern sehr uneinheitlich. So sind zum Beispiel bei den gewerblichen Berufen alle Qualifikationsstufen – vom Meister bis zur Hilfskraft – im gleichen Berufsabschnitt, während der Berufsabschnitt „Ingenieure“ nur diese enthält, und z.B. „Techniker“ zu einem anderen Berufsabschnitt gehören.

Als Anhaltspunkt dafür, in welchem Umfang die Aussiedlerinnen und Aussiedler im Bereich des früheren Berufs oder in einem anderen Berufsfeld beschäftigt waren, sind die Ergebnisse des Abgleichs auf jeden Fall geeignet, zumal auf dieser Basis weitere Feinanalysen (Betrachtung einzelner Berufsfelder auf einer differenzierteren Ebene) möglich sind und auch durchgeführt wurden (siehe die folgenden Abschnitte).

Inwieweit die berufstätigen Aussiedlerinnen und Aussiedler in Deutschland in der dritten Erhebungswelle in ihrem Herkunfts- oder einem anderen Berufsfeld arbeiteten, ist in Tabelle 14 zusammengestellt. Wie daraus ersichtlich ist, waren sowohl von den Männern als auch den Frauen weniger als 30% noch in dem Berufsfeld beschäftigt, in dem sie vor der Aussiedlung gearbeitet hatten. Etwa 60% hatten das Berufsfeld gewechselt, und für weitere mehr als 10% war ein solcher Vergleich nicht möglich, weil sie z.B. im Herkunftsland noch nicht gearbeitet hatten oder weil eine Berufsangabe (meist die des „mitgebrachten“ Berufs) keinem Berufsschlüssel zugeordnet werden konnte.

Betrachtet man die Art der Berufstätigkeit, so war die Verbleibsquote plausiblerweise besonders gering bei den Aussiedlerinnen und Aussiedlern, die in Deutschland eine Berufsausbildung machten. Dieser Personenkreis hatte sich für einen beruflichen Neuanfang in Deutschland entschieden. Für Aussiedlerinnen und Aussiedler, die in Deutschland arbeiteten (und nicht in Ausbildung waren), kann dagegen unterstellt werden, daß sie – abgesehen von Einzelfällen – auf ihren

³⁴ Als „teilzeitbeschäftigt“ werden hier Personen betrachtet, die angeben, sie seien „in regelmäßiger Teilzeitbeschäftigung“. Zusätzlich wurde die Wochenarbeitszeit erfaßt. Wie ein Abgleich ergab, hatten 18% der nach eigener Einstufung teilzeitbeschäftigten Frauen eine Arbeitszeit von bis zu 14 Wochenstunden, die übrigen hatten höhere Arbeitszeiten und auch alle teilzeitbeschäftigten Männer hatten eine Arbeitszeit von mindestens 15 Stunden.

³⁵ Eine solche formelle Anerkennung ist erforderlich für die Ausübung von Berufen, die in Deutschland eine bestimmte Ausbildung voraussetzen, oder sie kann auch wegen der tariflichen Einstufung wichtig sein, siehe hierzu Koller 1995b: 113.

Tabelle 15 Übereinstimmung der Tätigkeit im Herkunftsland und in Deutschland bei Aussiedlerinnen und Aussiedlern nach dem Berufsfeld des Herkunftsberufs

Berufsabschnitt des Herkunftsberufs	Aussiedlerinnen			Aussiedler		
	Berufstätige im Berufsabschnitt des Herkunftsberufs		Anzahl der Berufstätigen insgesamt	Berufstätige im Berufsabschnitt des Herkunftsberufs		Anzahl der Berufstätigen insgesamt
	absolut	% der Beschäftigten		absolut	% der Beschäftigten	
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	29	21	137	2	(11)	18
Verkehrsberufe	4	(13)	33	52	34	153
Sozial- und Erziehungsberufe	43	39	110	3	(23)	13
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	2	(25)	8	53	37	145
Gesundheitsdienstberufe	53	70	77	13	(81)	16
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	2	(8)	28	2	(4)	49
Techniker, Technische Sonderfachkräfte	10	(36)	28	9	(24)	38
Textil- und Bekleidungsberufe	19	35	55	0	(0)	3
Elektriker	1	(17)	7	35	43	82
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	2	(8)	24	15	(37)	42
Warenkaufleute	10	(24)	43	0	(0)	5
Allgemeine Dienstleistungsberufe	18	(41)	44	1	(25)	4

Angaben in Klammern: Die Basis für die Prozentuierung beträgt weniger als 50 Personen

neuen Arbeitsplätzen mitgebrachte Kenntnisse und Fertigkeiten verwerten, also im Bereich ihres Herkunftsberufs arbeiten wollen – zumal die Alternative meist eine Beschäftigung mit niedrigen Qualifikationsanforderungen ist. Das war jedoch nur 29% der vollzeitbeschäftigten Männer und 31% der Frauen, die einen Vollzeitarbeitsplatz hatten, gelungen. Von den Frauen in Teilzeitbeschäftigung hatten sogar nur 18% eine Beschäftigung, die ihrem Herkunftsberufsfeld entsprach. Dieser besonders niedrige Anteil könnte damit zusammenhängen, daß eine Teilzeitbeschäftigung auf berufsfremden Gebiet eher akzeptabel ist als eine berufsfremde Ganztagsbeschäftigung und zudem Auswahl und Angebot an Teilzeitstellen nicht groß sind³⁶.

4.4.2.1 Wovon hängt es ab, ob Aussiedlerinnen und Aussiedler eine Beschäftigung im mitgebrachten Berufsfeld oder auf berufsfremdem Gebiet haben?

Vom Geschlecht offensichtlich nicht, wie Tabelle 14 belegt. Männer sind in dieser Hinsicht genauso schlecht gestellt wie Frauen.

Das mitgebrachte Qualifikationsniveau hat, wie besprochen und in Tabelle 9 dargestellt, Einfluß auf die Beschäftigtenquote: Je höher es ist, desto größer ist der Anteil der Aussiedlerinnen und Aussiedler, die in Arbeit sind. Das Qualifikationsniveau könnte sich auch auf den Umfang der Beschäftigung im mitgebrachten Berufsfeld auswirken: Es erscheint zumindest plausibel, daß Personen mit langer Berufsausbildung stärker daran orientiert sind, auf ihrem Arbeitsplatz das Gelernte verwerten zu können, als Personen, die weniger in ihre Ausbildung investiert haben. Allerdings kommt es letzten Endes auf die Akzeptanz durch die potentiellen Arbeitgeber an. Eine Auswertung zum Zusammenhang von formalem Qualifikationsniveau und Beschäftigung im mitgebrachten Berufsfeld (nicht tabellarisch ausgewiesen) be-

stätigte die Vermutung, daß der Anteil der berufsadäquat beschäftigten Aussiedler mit dem Qualifikationsniveau zunimmt. Es ergab sich jedoch ein etwas anderer Zusammenhang als bei der Eingliederungsquote. Während bei der Quote der Eingliederung in Arbeit die Trennlinie vor allem zwischen Personen ohne oder mit geringer beruflicher Qualifikation auf der einen Seite und jenen mit (irgendeiner) Berufsausbildung auf der anderen Seite verlief, ergab sich für die Tätigkeit im mitgebrachten Berufsfeld eine andere Dichotomie, nämlich die zwischen Personen mit Universitätsausbildung – sie arbeiteten zu mehr als 50% im Berufsbereich ihres Herkunftsberufs – und allen anderen Qualifikationsgruppen, deren Verbleibsquoten weitaus niedriger waren.

Hinter gleichen Qualifikationsstufen können sehr unterschiedliche Berufsbereiche stehen. Von der Situation in den einzelnen Berufsfeldern – und zwar sowohl davon, ob in dem jeweiligen Bereich Arbeitskräfte gesucht werden, als auch davon, ob das mitgebrachte Berufswissen (einschließlich der Sprachkenntnisse) den Anforderungen in Deutschland entspricht – dürfte letztendlich abhängen, inwieweit Aussiedlerinnen und Aussiedler eine Chance auf Beschäftigung im früheren Berufsfeld haben. In Tabelle 15 ist für die am stärksten besetzten Herkunftsberufsfelder von Frauen und Männern jeweils der Anteil der Beschäftigten im Berufsabschnitt des Herkunftsberufs ausgewiesen. Wie sich darin zeigt, gibt es nur ein Berufsfeld, bei dem die meisten Beschäftigten auch in Deutschland wieder auf ihrem ursprünglichen Gebiet arbeiten können, das sind die Gesundheitsdienstberufe (die häufigste Berufsgruppe dieses Berufsabschnitts waren Krankenschwestern, gefolgt von Ärzten): 70% der berufstätigen Frauen und 81% der (allerdings wenigen) Männer arbeiteten in Deutschland in ihrem früheren Berufsfeld. In allen anderen Berufsabschnitten waren die Werte mit Abstand niedriger. Besonders niedrig waren sie für Frauen und Männer in landwirtschaftlichen Berufen. Ihre beruflichen Kenntnisse werden in Deutschland wenig nachgefragt. Zum einen nicht, weil es für manche der stark differenzierten landwirtschaftlichen Herkunftsberufe in Deutschland angesichts der kleineren Organisationseinheiten kaum Entsprechungen gibt und zum anderen nicht, weil bedingt durch den Strukturwandel die Zahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft ständig zurückgeht.

Manche Ergebnisse des Abgleichs von Herkunftsberufsfeld und Berufsfeld in Deutschland erscheinen allerdings durch

³⁶ Bei den teilzeitbeschäftigten Männern dagegen ist die Quote derjenigen, die im Berufsfeld verblieben sind, mit 35% fast doppelt so hoch. Es gibt eine naheliegende Interpretation hierfür, bei der allerdings zu bedenken ist, daß insgesamt nur 17 Männer teilzeitbeschäftigt waren: Im mitgebrachten Berufsfeld teilzeitbeschäftigt waren vor allem Männer aus qualifizierten Berufen. Für sie war die Teilzeitbeschäftigung eine Notlösung, um überhaupt im früheren Beruf arbeiten zu können. Die meisten teilzeitbeschäftigten Frauen dagegen konnten wegen der Kinder nur Teilzeit arbeiten. Sie mußten annehmen, was angeboten wurde und konnten in den Berufsinhalten nicht wählerisch sein.

die „Feinanalyse“, d.h. bei der Betrachtung auf einer differenzierteren Ebene als es die „Berufsabschnitte“ sind, in einem anderen Licht. So waren z.B. viele Angehörige von „Sozial- und Erziehungsberufen“ Lehrerinnen oder Lehrer gewesen. Sie konnten alle ihren Beruf nicht mehr ausüben. Dessen ungeachtet ergab sich für die Frauen eine relativ hohe Quote des Verbleibs im Berufsfeld. Der Grund hierfür liegt darin, daß ein Teil von ihnen als Kindergärtnerinnen eingesetzt oder zu Altenpflegerinnen umgeschult worden war. Diese Berufe gehören auch zum Berufsabschnitt „Sozial- und Erziehungsberufe“. Vor allem Frauen, die in der Altenpflege arbeiteten, betrachteten das selbst jedoch als Berufswechsel.

Der Berufsabschnitt „Ingenieure“ dagegen ist sehr eng definiert. Nur wenn Aussiedlerinnen oder Aussiedler auch in Deutschland als „Ingenieur“ eingesetzt sind, ergibt sich nach dem Abgleich auf der Ebene der Berufsabschnitte ein „Verbleib“ im Berufsfeld, was, wie sich aus Tabelle 15 ablesen läßt, Frauen kaum gelingt. Berücksichtigt man dagegen auch Arbeitsplätze auf Technikerniveau, erhöht sich die Verbleibsquote der Frauen – und auch die der Männer. Am Abstand der Verbleibsquoten ändert sich also nichts.

Insgesamt gesehen vermitteln die in Tabelle 15 zusammengestellten Informationen den Eindruck, daß Verbleib oder Wechsel des Berufsfeldes von einer Vielzahl von Faktoren abhängen. Neben dem Bedarf an Arbeitskräften und der Übereinstimmung mit den fachlichen Anforderungen scheint auch das „richtige“ Geschlecht eine Rolle zu spielen: Frauen aus Berufen, die in Deutschland eher Männerberufe sind – und auch umgekehrt, was aber seltener vorkommt, Männer aus Frauenberufen – hatten besonders niedrige Verbleibsquoten im Berufsfeld. So waren z.B. rund 40% der Schlosser und Elektriker in Deutschland wieder in ihrem Berufsfeld eingesetzt, von den Frauen waren es weitaus weniger. Bei den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen dagegen war zwar auch für Frauen die Verbleibsquote im Berufsfeld mit 21% sehr niedrig, für Männer war sie jedoch noch weitaus niedriger – nur zwei von 18 berufstätigen Männern aus diesem Berufsbereich hatten einen Arbeitsplatz im früheren Berufsfeld.

4.4.2.2 In welche Tätigkeiten wechseln Aussiedlerinnen und Aussiedler, die berufs fremd eingesetzt sind?

In einer „Feinanalyse“ wurde dieser Frage für die am stärksten besetzten Berufsfelder von Aussiedlerinnen und Aussiedlern nachgegangen. Es zeigten sich keine bestimmten Übergangsmuster der Berufsfelder, wohl aber bestimmte Beschäftigungen, die als „Auffangberufe“ für Frauen und Männer aus allen Berufsabschnitten dienten.

Die meisten Aussiedlerinnen der Erhebung hatten im Herkunftsland in „Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen“ gearbeitet. Die am häufigsten ausgeübte Beschäftigung in Deutschland dagegen war eine Tätigkeit als „Putzfrau“ oder „Raumpflegerin“. Insgesamt 121 Frauen – das waren 15% der berufstätigen Frauen – sagten, sie arbeiteten als Putzfrauen. Zehn waren es auch im Herkunftsland gewesen, die übrigen kamen aus allen Berufen und Qualifikationsebenen, besonders viele waren vorher in „Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen“ oder als Kindergärtnerin tätig gewesen.

³⁷ Für die Altenpflege trifft das nur teilweise zu. Ein Teil der Aussiedlerinnen arbeitete als Altenpflegehelferin, wenige (z.B. ehemalige Krankenschwestern und Lehrerinnen) waren zur Altenpflegerin umgeschult worden.

An der Spitze der Auffangbeschäftigungen für Männer (und nach „Schlossern“ und „Verkehrsberufen“ an dritter Stelle in der Besetzungshäufigkeit) lag die Tätigkeit als Hilfsarbeiter. 84 Aussiedler sagten, sie seien in Deutschland als (angelernter) „Arbeiter“ oder „Hilfsarbeiter“ beschäftigt. Niemand von ihnen hatte eine Tätigkeit im Herkunftsland angegeben, die dieser Kategorie zuzuordnen war. Sie hatten in den unterschiedlichsten Berufen gearbeitet; viele waren Kraftfahrer oder Facharbeiter gewesen, einige auch Ingenieure bzw. Techniker.

Während nur acht Männer in Deutschland Beschäftigungen als Raumpfleger oder Putzmänner hatten, kam die Tätigkeitsangabe „Arbeiterin“ oder „Hilfsarbeiterin“ bei den Aussiedlerinnen sehr häufig vor. 51 Frauen machten entsprechende Angaben. Auch sie hatten alle vorher in anderen Berufen gearbeitet. Relativ viele waren Verkäuferin gewesen, es waren jedoch auch ehemalige Ingenieurinnen, Buchhalterinnen oder Lehrerinnen in Deutschland Arbeiterinnen.

Weitere Auffangtätigkeiten, in die viele Aussiedlerinnen und Aussiedler hineinwechselten, die vorher nicht in diesem Bereich gearbeitet hatten, waren für Frauen Beschäftigungen als „Packerin“, „Küchenhilfe“ oder Tätigkeiten in der Altenpflege und für Männer Beschäftigungen als „Lagerarbeiter“, „Bauarbeiter“ oder „Wachmann“.

Alle Auffangberufe für Aussiedlerinnen und Aussiedler, die nicht in ihrem Herkunftsberufsfeld eingesetzt waren, sind Berufe mit relativ niedrigen formalen Qualifikationsanforderungen³⁷ – nur auf solche können sie ohne langdauernde Umschulung ausweichen. Die Analyse ergab keine offensichtlichen Unterschiede zwischen Frauen und Männern. In den Tätigkeiten, die ihnen offenstehen, sind Aussiedlerinnen genauso gut oder schlecht gestellt wie Aussiedler.

Geht man von den bisher besprochenen Ergebnissen zu den beruflichen Veränderungen aus, die die Aussiedlung mit sich brachte, entsteht der Eindruck, daß die meisten Aussiedler mit Arbeitsplatz in beruflicher Hinsicht viele Abstriche machen mußten. Dessen ungeachtet überwiegen für mehr als 50% der Befragten in der eigenen Bewertung ihrer beruflichen Situation die positiven Aspekte: Nur 6% der Aussiedler sagten aus, sie hätten sich beruflich alles in allem betrachtet, „deutlich verschlechtert“ und weitere 16% hatten sich aus eigener Sicht „eher verschlechtert“. Nach eigener Einstufung deutlich verbessert hatten sich 30% der Aussiedler und 24% gaben an, sie hätten sich „etwas verbessert“. Personen, die nicht mehr im früheren Berufsfeld beschäftigt waren, beurteilten ihre Berufssituation schlechter als jene, die keinen Wechsel hinnehmen mußten, aber auch bei ihnen überwogen die positiven Bewertungen.

4.4.3 Einkommen

Ein Grund dafür, daß die meisten Aussiedlerinnen und Aussiedler trotz allem zufrieden waren, könnte darin liegen, daß sich sehr viele, nämlich fast drei Viertel der berufstätigen Aussiedler der IAB-Erhebung, in einer Hinsicht jedenfalls verbessert hatten, das ist das Einkommen.

Als Maßstab für die Eingliederung kann jedoch auch hier nur die Situation in Deutschland, also das Einkommen vergleichbarer Arbeitnehmer herangezogen werden. Für solche individuellen Vergleiche stehen keine Daten zur Verfügung. Möglich sind jedoch Vergleiche auf der aggregierten Ebene, also von Beschäftigtengruppen, die in einigen relevanten Merkmalen vergleichbar sind. Sie bieten zumindest Anhaltspunkte

Tabelle 16: Monatliches Nettoeinkommen aus Arbeit von Aussiedlern und den Beschäftigten in Westdeutschland im Jahr 1993*

	Beschäftigte in Westdeutschland Industrie und Bau Einkommen in DM	Arbeiter			Angestellte			
		Aussiedler			Beschäftigte in Westdeutschland	Aussiedler		
		Einkommen in DM	Einkommen in % aller Arbeiter	Anzahl der Personen		Einkommen in DM	Einkommen in % aller Angestellten	Anzahl der Personen
Männer	2774	2415	87	431	3909	2946	75	81
Frauen	1974	1653	84	131	2600	2166	83	180

* Die Verdienangaben der Einheimischen beruhen auf den Angaben über Bruttononatsverdienste der Arbeiter in der Industrie und im Baugewerbe und über Bruttononatsverdienste der Angestellten (Quelle: Statistisches Jahrbuch 1994, S. 599 - 613); diese wurden um die durchschnittliche Abgabenquote von 33% reduziert.

te für eine Einschätzung. Eine solche Gegenüberstellung enthält Tabelle 16. In ihr sind die Durchschnittseinkommen vollzeitbeschäftigter Aussiedler in Arbeiter- und Angestelltenpositionen (sowie getrennt für Frauen und Männer) ausgewiesen und den Angaben für vergleichbare Beschäftigtengruppen in Westdeutschland gegenübergestellt.

Vergleicht man die Einkommen von Frauen und Männern, zeigt sich, daß Aussiedlerinnen in einer Hinsicht jedenfalls integriert sind: Genau wie einheimische Frauen verdienen sie deutlich weniger als Männer. Bei den Aussiedlern in Arbeiterpositionen in den Wirtschaftszweigen Industrie und Bau³⁸ verdienten die Frauen 68% dessen, was die Männer verdienten; bei allen Arbeitern in Industrie und Bau in Westdeutschland hatten die Frauen 1993 71% des Einkommens der Männer. Etwas günstiger sieht es für Aussiedlerinnen in Angestelltenpositionen aus, sie verdienten knapp 74% dessen, was die Männer verdienten, für alle Angestellten in Westdeutschland lag das Fraueneinkommen bei knapp 67% des Männer Einkommens.

Beim Vergleich der Durchschnittseinkommen von Aussiedlern und Beschäftigten in Westdeutschland sind einige „Unschärfen“ in der Vergleichbarkeit der Angaben zu berücksichtigen. Die Einkommensangaben der Aussiedler der IAB-Erhebung beziehen sich auf das monatliche Nettoeinkommen aus Arbeit. Die Vergleichsdaten des Statistischen Bundesamtes für die Bevölkerung in Westdeutschland sind Angaben auf der Bruttoebene. Für Tabelle 16 wurden die Bruttoeinkommen der jeweiligen Beschäftigtengruppen in Westdeutschland, reduziert um eine Abgabenquote von 33%³⁹, ausgewiesen. Außerdem können die Einkommen der Aussiedler nicht trennscharf mit jenen der Einheimischen verglichen werden, weil in das Vergleichseinkommen der „Beschäftigten in Westdeutschland“ auch die Einkommen der Ausländer und auch die der Aussiedler selbst eingehen (wenngleich ihr quantitativer Einfluß zu vernachlässigen ist). Was die Vergleichsmöglichkeiten zwischen den Gruppen betrifft, so ist auch zu berücksichtigen, welche Arbeitszeit dahinter steht. Für die Beschäftigten in Deutschland sind nur Arbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Arbeiter ausgewiesen. Sie liegen für

Männer bei 38,2 Wochenstunden, für Frauen bei 36,7 Wochenstunden (was bedeutet, daß ein kleiner Teil der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen auf kürzere Arbeitszeiten der Frauen zurückzuführen ist). Die Arbeitszeiten der Aussiedler wurden nur an Hand vorgegebener Intervalle erfaßt. Hier gaben 2% der männlichen Arbeiter eine Arbeitszeit im Bereich 18 bis 35 Wochenstunden, 91% zwischen 36 und 45 Wochenstunden und 7% schließlich von mehr als 46 Wochenstunden an. Von den Frauen mit Arbeitertätigkeiten waren nur 2% in dieser höchsten Kategorie. Wegen der unterschiedlichen Erfassung ist also kein genauer Vergleich der Arbeitszeiten möglich, die Zahlen deuten jedoch darauf hin, daß die Aussiedler der IAB-Erhebung eher länger arbeiteten als der Durchschnitt der Arbeiter in Westdeutschland⁴⁰.

Beim Vergleich der Einkommen von Aussiedlern und allen Beschäftigten muß also ein gewisser „Unschärfbereich“ in Kauf genommen werden, grundsätzlich ist jedoch ein Vergleich möglich. Wie sich aus Tabelle 16 ablesen läßt, hatten Aussiedlermänner, die Arbeiter waren, ein um etwa 13%-Punkte und Frauen um 16%-Punkte niedrigeres Durchschnittseinkommen als die Vergleichsgruppen. Bei den Aussiedlern in Angestelltenpositionen betrug der Abstand für Frauen 17%, für Männer dagegen 25%.

Aussiedlermänner in Arbeiterpositionen waren also drei bis vier Jahre nach der Zuwanderung in ihrem Einkommen der Vergleichsgruppe schon ziemlich nahe gekommen. Wobei zusätzlich zu bedenken ist, daß zwei Drittel der Aussiedler in Arbeiterpositionen ihre berufliche Stellung der Kategorie „Hilfsarbeiter/angelerner Arbeiter“ zuordneten – was auch bei Einheimischen mit niedrigerem Einkommen verbunden ist – und daß alle noch nicht lange an ihrem Arbeitsplatz waren, und längere Beschäftigungszeiten sich in der Regel positiv auf das Einkommen auswirken. Aussiedlermänner in Angestelltenpositionen hatten das höchste Durchschnittseinkommen aller Aussiedler-Teilgruppen, aber dessen ungeachtet kamen sie nur auf 75% des Einkommens der Vergleichsgruppe. Bei Angestellten dürfte die kürzere Beschäftigungszeit noch mehr Einfluß ausüben als bei Arbeitern, da bei ihnen tarifvertragliche Regelungen keine so große Rolle spielen und die Spannweite der Einkommen z.B. zwischen Berufsanfängern und erfahrenen Fachkräften und zwischen unterschiedlichen Qualifikationsstufen im allgemeinen sehr groß ist. Aussiedlerinnen hatten jeweils die niedrigsten Einkommen. Da auch die Vergleichseinkommen, die der Frauen in Westdeutschland, niedrig waren, kamen auch sie mit 84% bei Arbeiterinnen bzw. 83% bei Angestellten relativ nahe an die Einkommen der Vergleichsgruppen.

³⁸ Die Teilgruppe „Arbeiter in Industrie und Bau“ wurde gewählt, weil nur für diese Vergleichsangaben für alle Beschäftigten in Westdeutschland vorlagen – damit sind 60% der Aussiedlerinnen in Arbeiterpositionen und 69% der Aussiedler erfaßt.

³⁹ Ein solcher Wert ergab sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes für 1993 (vgl. Datenreport 1994: 343).

⁴⁰ Aussiedler, die Angestellte waren, hatten noch längere Arbeitszeiten als die Arbeiter, 12% der männlichen Angestellten gaben an, sie würden 46 Stunden und mehr arbeiten, von den weiblichen Angestellten waren es 3%.

4.4.4 Welche Faktoren haben Einfluß auf die Höhe des Einkommens? Ergebnisse der multivariaten Analyse

Welches Einkommen erzielt werden kann, hängt für Einheimische sehr wesentlich von der erreichten beruflichen Position und diese wiederum von der beruflichen Qualifikation ab (und auch das Geschlecht spielt eine Rolle, wie sich im vorausgehenden Abschnitt zeigte). Die bisherigen Analysen haben ergeben, daß auch bei Aussiedlern eine gute Qualifikation mit besseren Eingliederungschancen verbunden ist, sie haben jedoch auch gezeigt, daß sehr viele Aussiedler und vor allem Aussiedlerinnen trotz guter Qualifikation nicht in Arbeit gekommen sind oder Beschäftigungen mit sehr geringen Qualifikationsanforderungen hatten. Insofern können Aussiedler weniger als Einheimische von der Wirkungskette: gute Qualifikation, gute Position, gutes Einkommen ausgehen. Andererseits gibt es auch bei ihnen große Einkommensunterschiede.

Im Rahmen einer multiplen Regressionsanalyse wurde der Frage nachgegangen, welchen Einfluß „mitgebrachte“ Merk-

male im weitesten Sinne, wie die Qualifikation, aber auch die Familiensituation und damit verbundene Zwänge oder Spielräume, auf die Höhe des Einkommens vollzeiterwerbstätiger Aussiedler haben. Zusätzlich wurden, um Vergleiche ziehen zu können, auch jene Merkmale aufgenommen, die in ihrer Wirkung auf die Eingliederung *in Arbeit* untersucht worden waren.

Wie sich aus Tabelle 17 ablesen läßt, führen die in die Analyse einbezogenen Merkmale zu einem relativ hohen multiplen R bei der Analyse über alle Aussiedler (R= 0,5370) und bei der Analyse für Aussiedlerinnen (R= 0,4946), während das Einkommen der Aussiedlerinnen sich zu einem geringeren Grad aus den jeweiligen Qualifikations- und soziodemographischen Merkmalen erklärt (R=0,4103).

Die Analyse über alle Aussiedler ergab, daß auch die Höhe des Einkommens, genauso wie die Wahrscheinlichkeit, überhaupt in Arbeit zu kommen, am stärksten vom Geschlecht bestimmt wird: Ein Mann zu sein, ist im Vergleich zur Eigen-

Tabelle 17: Einflußfaktoren auf die Einkommenshöhe vollzeiterwerbstätiger Aussiedlerinnen und Aussiedlern (Regressionsanalysen, Methode „enter“)

Merkmal	alle Aussiedler		Aussiedlerfrauen		Aussiedlermänner	
	Regressionskoeffizient	Betawert	Regressionskoeffizient	Betawert	Regressionskoeffizient	Betawert
Geschlecht: Männer	622	0,4484**				
verheiratet und mit Ehepartner in Deutschland lebend (anderer Familienstand)	164	0,8830**	- 59	- 0,0355	392	0,2239**
Mit Kind unter 6 Jahren (nur größere oder keine Kinder)	122	0,0792**	274	0,1420**	32	0,0252
Geburtsjahr	1	0,0187	1	0,0076	5	0,07500
Jahre des Schulbesuchs	26	0,0694*	11	0,0286	27	0,0824*
Qualifikationsabschluß (kein Abschluß)						
Teilfacharbeiter	- 26	- 0,0113	140	0,0631	- 169	- 0,0812
Facharbeiter	127	0,0927	204	0,1345	2	0,0018
Techniker	152	0,0863*	369	0,2327**	- 33	- 0,0197
Ingenieur	385	0,2036**	553	0,2843**	232	0,1420*
Uniabschluß	459	0,1364**	634	0,2325**	279	0,0791
anderer Abschluß	335	0,1305**	564	0,2779**	69	0,0245
Herkunftsberufsabschnitt						
Gesundheitsdienstberuf	579	0,1909**	467	0,2256**	868	0,1752**
Organisationsberuf	- 38	- 0,0156	10	0,0056	- 174	- 0,0469
Elektriker	- 105	- 0,0403	n.a.		- 100	- 0,0523
Schlosser	- 66	- 0,0316	n.a.		- 99	- 0,0634
Sozial-, Erziehungsberuf	106	0,0370	146	0,0751	- 261	- 0,0527
Verkehrsberuf	- 50	- 0,0252	- 97	- 0,0306	- 49	- 0,0318
Herkunftsland (ehem. UdSSR)						
Polen	11	0,0078	50	0,0357	- 12	- 0,0095
Rumänien	- 37	- 0,0185	- 20	- 0,0107	- 39	- 0,0209
Haben anfangs Verwandte geholfen?	- 7	- 0,0048	- 10	- 0,0069	- 31	- 0,0228
Deutschkenntnisse („es geht“ bis „gar nicht“) „sehr gut“ oder „gut“	69	0,0515*	121	0,0880*	48	0,0403
Konstante	1132		1281		1561	
multipl. R	0,5370		0,4946		0,4103	
R ²	0,2883		0,2446		0,1683	
korrigiertes R ²	0,2744		0,2047		0,1435	
Zahl der Fälle	1092		400		692	

Signifikanzniveau ** (p < 0,01) * (p < 0,05)

Basiskategorien soweit erforderlich in Klammern genannt
n.a.: wegen zu geringer Fallzahlen nicht aufgenommen

schaft „Frau“ mit einem Einkommenseffekt von DM 622 verbunden. Einen fast genauso hohen Einkommenseffekt (gegenüber der Vergleichsgruppe: Aussiedler aus keinem der in der Analyse aufgeführten Berufsfelder) hat das Herkunftsbereichsfeld „Gesundheitsdienstberuf“, wobei bei diesem Merkmal bemerkenswert ist, daß es sich in allen drei Analysen hochsignifikant auf die Einkommenshöhe auswirkt. Das trifft ansonsten nur in etwas abgeschwächter Form für einen (im Herkunftsland erworbenen) beruflichen Qualifikationsabschluß als „Ingenieur“ zu: Dieser Qualifikationsabschluß hat (gegenüber der Basiskategorie „kein Abschluß“) bei Aussiedlerinnen einen Einkommensbeitrag von DM 553, bei der Analyse über alle Aussiedler von DM 385 und bei den Aussiedlermännern von DM 232. Der Einkommenseffekt bei den Männern ist nicht hochsignifikant, aber immer noch signifikant.

Bei den Aussiedlermännern ist nicht nur das multiple R niedriger, es sind auch weniger Merkmale, die Einfluß auf die Einkommenshöhe haben als bei den Aussiedlerinnen und auch den Aussiedlern insgesamt. Bei den Männern haben einen signifikant positiven Einfluß auf die Einkommenshöhe: die Familiensituation, nämlich verheiratet zu sein (was bei Frauen mit einem – wenn auch nicht signifikanten – negativen Einkommenseffekt verbunden ist), die Qualifikation, erfaßt über die Jahre des Schulbesuchs, und – wie erwähnt – der Qualifikationsabschluß „Ingenieur“ und vor allem eine frühere Tätigkeit in einem Gesundheitsdienstberuf. Bei der Analyse für die Aussiedlerinnen wie auch für alle Aussiedler ist vor allem bemerkenswert, daß alle Qualifikationsabschlüsse, vom „Techniker“ aufwärts, ebenso wie gute Deutschkenntnisse mit einem signifikant positiven Einkommenseffekt verbunden sind.

4.4.5 Eingliederung in Arbeit und Höhe des erzielten Einkommens - ein Vergleich

Vergleicht man die Faktoren, die Einfluß darauf haben, ob Aussiedler überhaupt in Arbeit kommen (Abschnitt 4.3), und die Faktoren, die sich bei jenen, die Arbeit haben, positiv auf die Einkommenshöhe auswirken, sieht man, daß es zum großen Teil die gleichen sind, einige Merkmale haben jedoch gegensätzliche Wirkungen⁴¹.

In gleicher Richtung positiv wirken sich aus: Das Geschlecht (wie hinlänglich besprochen), Deutschkenntnisse und die mitgebrachte berufliche Qualifikation, hier jedoch in unterschiedlichen Ausprägungen: Ein Facharbeiterabschluß ist hilfreich, um in Arbeit zu kommen, eine Qualifikation, die über der des Facharbeiters liegt, ist dagegen mit höherem Einkommen verbunden.

Das Berufsfeld, in dem die Aussiedler gearbeitet hatten, kann sogar in gegensätzlicher Richtung wirken: So ist es für Männer aus Gesundheitsdienstberufen (die meisten sind Ärzte) nicht einfach, in Arbeit zu kommen, jene, die einen Arbeitsplatz hatten, verdienen jedoch überdurchschnittlich hoch (bei den Frauen, die meistens Krankenschwestern waren, gehen beide Effekte in die gleiche Richtung). Ähnlich ist es mit der Familiensituation: Aussiedler – vor allem Aussiedlerinnen – mit Kindern sind zu einem geringeren Anteil in Arbeit, jene die arbeiten, haben jedoch ein höheres Einkommen. Zum Alter zeigt sich: Wer jung ist, hat bessere Chancen auf einen Arbeitsplatz, nicht jedoch auf ein höheres Einkommen (er muß

aber auch nicht mit einem niedrigeren rechnen, wie das in der Grundtendenz bei Einheimischen der Fall ist, bei denen mit dem Alter und der Betriebszugehörigkeit das Einkommen in der Regel steigt).

Andere Merkmale, die mit der Aussiedlungssituation zu tun haben, wie z.B. das Herkunftsland, wirken sich im Gegensatz zum Eindruck aus bivariaten Analysen bei einer multivariaten Betrachtung weder auf die Eingliederung in Beschäftigung noch auf das Einkommen aus.

Insgesamt gesehen ergab sich sowohl für die Eingliederung in Arbeit wie auch für das Einkommen, daß für die Eingliederung der Aussiedler in den Arbeitsmarkt im Prinzip die gleichen Regeln gelten wie für Einheimische. Soweit sich Abweichungen zur Situation von Einheimischen zeigten, waren sie auf ihre Sondersituation: geringe Deutschkenntnisse, Neuanfang, Berufsqualifikationen, die nicht auf die Arbeitsmarktanforderungen in Deutschland abgestimmt waren, zurückzuführen.

5. Zusammenfassende Betrachtungen: Eingliederung als Prozeß und Zielzustand. Wie weit sind die Aussiedler auf diesem Weg? Wie wird es weitergehen?

Grundlage dafür, daß Zuwanderer eine Eingliederung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht erreichen und daß sie sich schließlich als „dazugehörig“ fühlen können, ist das Beherrschen der Sprache des Aufnahmelandes (vgl Abschnitt 3.1). Für Aussiedler ist sie zugleich die Sprache der ethnischen Gruppe, der sie sich zugehörig fühlen und von ihrem Rechtsstatus her zugeordnet werden. Möglicherweise trägt dieser Hintergrund und auch die Tatsache, daß sie im Unterschied zu heutigen Zuwanderern noch bis zu acht Monate an einem Sprachkurs teilnehmen konnten, mit dazu bei, daß die meisten Aussiedler der IAB-Erhebung ihre Deutschkenntnisse bis zur dritten Erhebungswelle stark verbessert haben.

Auch der nächste Schritt „Aufnahme einer Beschäftigung“ ist Aussiedlermännern, die in der Zeit der großen Zuwanderungswellen nach Deutschland gekommen waren, relativ gut gelungen: 79% waren in der dritten Erhebungswelle in Arbeit, 14% der Erwerbspersonen waren arbeitslos gemeldet (und auch von diesen war mehr als die Hälfte schon einmal in Arbeit gewesen). Für die Aussiedlerinnen dagegen war die Situation weniger günstig: Ihre Arbeitslosenquote lag bei knapp 26% (und das obwohl sich viele bereits vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hatten), 54% der Aussiedlerinnen hatten einen Arbeitsplatz.

Multivariate Analysen ergaben, daß die Wahrscheinlichkeit in Arbeit zu kommen, außer vom Geschlecht, tatsächlich sehr wesentlich von den Deutschkenntnissen abhängt, daneben spielen die berufliche Qualifikation, die Familiensituation und das Alter eine Rolle.

Eingliederung als Angleichung in wirtschaftlicher Hinsicht bzw. als gleichberechtigte Teilhabe an wirtschaftlichen Chancen bedeutet auch gleiche Chancen auf einen „guten“, einen den Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz. Aussiedlerinnen und Aussiedler haben allein schon wegen der Sprache, und weil sie ihre beruflichen Kenntnisse nicht in Deutschland erworben haben und diese deshalb nicht auf die Arbeitsplatzanforderungen in Deutschland abgestimmt sind, zum Teil berufliche Defizite. Damit allein ist nicht begründbar, daß nur jeweils rund 30% der berufstätigen Aussiedlerinnen und Aussiedler eine Beschäftigung im Berufsbereich ihres Herkunftsbereiches gefunden haben.

⁴¹ Die Abgrenzung der Kategorien, z.B. bei der Familiensituation, wurde benutzt für beide Analysen gleich gewählt, zumal sich auch gezeigt hat, daß andere Abgrenzungen und weitere Merkmale die Varianzaufklärung kaum erhöhen.

Aussiedlerinnen und Aussiedler, die berufsfremd eingesetzt waren, hatten meist Arbeitsplätze mit niedrigen Qualifikationsanforderungen. In vielen Fällen war der Abstand zur mitgebrachten Qualifikation so groß, daß sie ganz offensichtlich unterqualifiziert beschäftigt waren.

Das Einkommen der Aussiedler aus diesen Beschäftigungsverhältnissen war niedriger als das der Einheimischen auf vergleichbaren Arbeitsplätzen. Der Abstand war jedoch nicht so groß, daß er nicht durch Faktoren, die auch bei Einheimischen eine Rolle spielen, wie der Tatsache, daß die Beschäftigungsverhältnisse erst sehr kurzfristig bestanden, gerechtfertigt sein könnte. Auch beim Einkommen waren die Männer gegenüber Frauen im Vorteil, daneben machten sich auch hier Deutschkenntnisse, die mitgebrachte berufliche Qualifikation und auch die Familiensituation bemerkbar.

Man kann nicht davon ausgehen, daß die berufliche Eingliederung vier Jahre nach der Zuwanderung schon abgeschlossen ist oder sein sollte. Trotzdem ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß die arbeitslosen Aussiedler der IAB-Erhebung in der Zeit nach der letzten Erhebungswelle sehr rasch in Arbeit kamen. Die allgemeine Arbeitsmarktlage hat sich noch verschlechtert, und vor allem für jene Aussiedler, die seit Beendigung des Deutschkurses, also seit rund zwei Jahren arbeitslos gewesen waren (und das waren fast alle arbeitslosen Frauen und fast die Hälfte der arbeitslosen Männer), werden die Eingliederungschancen allein wegen der langen Arbeitslosigkeit schlechter.

Von den Aussiedlern, die einen Arbeitsplatz hatten, aber unterqualifiziert eingesetzt waren, haben sicher manche im Laufe der Zeit noch in bessere Beschäftigungsverhältnisse wechseln können, für die Mehrheit ist das jedoch nicht wahrscheinlich. Zum einem deshalb nicht, weil sie durch den unterqualifizierten Einsatz berufliche Kompetenzen verlieren oder ihnen das zumindest unterstellt wird, und zum anderen auch deshalb nicht, weil die meisten Aussiedler – sei es aus Resignation, aus realer Einschätzung ihrer Möglichkeiten oder weil insgesamt die positiven Aspekte überwiegen – sich auf ihren Arbeitsplätzen eingerichtet haben: Auch von den Aussiedlern, die in Deutschland nicht mehr in ihrem früheren Berufsfeld beschäftigt waren, sagten 70%, sie betrachteten ihren Arbeitsplatz als Dauerlösung.

Migration ist für die erste Generation der Migranten so gut wie immer mit sozialem Abstieg verbunden. Lüttinger (1989) stellte für die Flüchtlinge und Vertriebenen der Nachkriegszeit, die sich in sprachlicher und kultureller Hinsicht so gut wie nicht von der einheimischen Bevölkerung unterschieden, fest, daß sich auch 25 Jahre nach der Zuwanderung⁴² der mit der Flucht und Vertreibung verbundene Bruch in der Lebens- und Erwerbsbiographie in den Strukturmerkmalen dieser Zuwanderer bemerkbar machte. Berufliche Fehlallokationen in der Nachkriegszeit konnten im späteren Erwerbsverlauf nicht mehr aufgehoben werden (Lüttinger 1989: 238 f.). Auch durch die nächste Generation konnten diese Umstrukturierungsprozesse nicht ausgeglichen werden, aber zumindest konnte für die nächste Generation (untersucht wurden Mobilitätsprozesse der Söhne, vgl. ebd. S. 200 – 236) die gleiche Offenheit der Gesellschaftsstruktur – und damit die gleichen Chancen für Aufstiegsprozesse – wie für Einheimische festgestellt werden.

⁴² die Analyse beruhte auf einer Mikrozensus-Zusatzerhebung von 1971, vgl. Lüttinger 1989: 70 f.

Ein solcher Prozeß in Richtung „Eingliederung“ zeichnet sich für die in Deutschland lebenden Ausländer nicht so eindeutig ab. Auch von den Ausländern der zweiten Generation, die durchweg gut Deutsch sprechen, haben – verglichen mit Einheimischen – überproportional viele Arbeitsplätze als Un- oder Angelernte. Und auch im Hinblick auf ihre soziale Integration kann nicht von einer fortschreitenden Eingliederung gesprochen werden. Es wird im Gegenteil sogar behauptet, daß sich eine „dauerhafte Desintegration“ (Addy 1996: 21) ausländischer Zuwanderer abzeichnet.

Die Aussiedler sind von ihrem Rechtsstatus her den Vertriebenen der Nachkriegszeit vergleichbar (sie haben auch nach wie vor den Vertriebenenstatus). Die soziale Eingliederungssituation der Aussiedler von heute hat jedoch wahrscheinlich mehr Ähnlichkeit mit der ausländischer Zuwanderer als mit der der Vertriebenen. Dennoch haben die Aussiedler, zumindest in einer langfristigen, auf die Enkelgeneration gerichteten Perspektive günstige Rahmenbedingungen für eine Eingliederung auf Dauer: Sie sind deutsche Staatsbürger, sie haben keine äußeren Merkmale, wie Aussehen oder Namen, die sie zu Fremden machen, und schon die Kinder, die in Deutschland die Schule besucht haben, werden sich auch in der Sprache nicht mehr unterscheiden. Inwieweit es zu einer Eingliederung späterer Generationen kommt, hängt jedoch sehr wesentlich davon ab, ob die Zuwanderergeneration diesen lebensgeschichtlichen Bruch bewältigt, und ihr zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht eine Eingliederung gelingt.

Literaturverzeichnis

- Addy, David Nii (1996): Internationale Migration. Herausforderungen für eine Antidiskriminierungspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44-45, S. 17 – 24.
- Boll, Klaus (1991): Kultur und Lebensweise der Deutschen in der Sowjetunion und von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland. Arbeitsbericht Nr. 4. München.
- Büchtemann, Christoph F. / Höland, Armin (1989): Befristete Arbeitsverträge nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz (BeschFG 1985). Bonn.
- Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.) (1994): Arbeitsmarkt 1993. Arbeitsmarktanalyse für die alten und die neuen Bundesländer. Nürnberg.
- Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.) (1995): Arbeitsmarkt 1994. Arbeitsmarktanalyse für die alten und die neuen Bundesländer. Nürnberg.
- Bundesanstalt für Arbeit, HSt Ia5 (1995): Aussiedler. Informationen über die berufliche Eingliederung 1994. In: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit, ibv, Nr. 32, S. 2441 – 2444.
- Bundesanstalt für Arbeit, HSt Ia4 (1997): Spätaussiedler. Informationen zur Durchführung der Sprachtests. In: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit, ibv, Nr. 16, S. 1159 – 1161.
- Bundesanstalt für Arbeit, HSt Ia4 (1997): Spätaussiedler. Informationen über die berufliche Eingliederung 1996. In: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit, ibv, Nr. 33, S. 2443 – 2447.
- Dietz, Barbara / Hilkes, Peter (1988): Deutsche in der Sowjetunion. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50.
- Dietz, Barbara / Hilkes, Peter (1994): Integriert oder isoliert? Zur Situation rußlanddeutscher Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland. München.
- Dietz, Barbara (1997): Jugendliche Aussiedler. Ausreise, Aufnahme, Integration. Berlin.

- Elwert, Georg (1982): Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 34. Jg., S. 317 – 331.
- Engelbrech, Gerhard / Gruber, Hannelore / Jungkunst, Maria (1997): Erwerbsorientierung und Erwerbstätigkeit ost- und westdeutscher Frauen unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. In: MittAB 1, S. 150 – 169.
- Esser, Hartmut / Gaugler, Eduard / Neumann, Karl-Heinz u.a. (1979): Arbeitsmigration und Integration. Königstein.
- Esser, Hartmut (1980): Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse. Darmstadt.
- Ferstl, Lothar / Hetzel, Harald (1990): „Wir sind immer die Fremden“. Aussiedler in Deutschland. Bonn.
- Gabanyi, Anneli Ute (1988): Die Deutschen in Rumänien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50.
- Gawlik, Edith (1996): Berufliche Förderung von Aussiedlerfrauen zu ihrer sozialen Integration. Berichte für beruflichen Bildung. Bielefeld.
- Gesellschaft für Politik- und Sozialforschung GmbH, polis (Hrsg.) (1990): Aussiedler Monitor qualitativ. Biographien von Aussiedler-Familien. München.
- Gewande Wolf-Dieter (1997): Spätaussiedler. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts erschwert den Zuzug von Spätaussiedlern. In: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit, ibv, Nr. 15, S. 1115 – 1117.
- Gümen, Sedef / Herwartz-Emden, Leonie / Westphal, Manuela (1994): Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als weibliches Lebenskonzept: eingewanderte und westdeutsche Frauen im Vergleich. In: Zeitschrift für Pädagogik, 40. Jg., Nr. 1, S. 63 – 80.
- Heckmann, Friedrich (1981): Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwanderungsminorität. Stuttgart.
- Heller, Wilfried (1993): Integration von Aussiedlern und anderen Zuwanderern in den deutschen Wohnungsmarkt. Bonn-Bad Godesberg.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1973): Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der Schweiz. Stuttgart.
- Horstmann, Kurt (1986): Sozialwissenschaftliche Standardterminologie für die Erforschung des Flüchtlingsproblems. In: AWR (Association for the Study of the World Refugee Problems)-Bulletin, 24.
- Horstmann, Kurt (1982): Stabilität und Flexibilität in der beruflichen Eingliederung. In: AWR-Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem (Hrsg.): Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland – Anpassung, Umstellung, Eingliederung. 2. Ergebnisbericht. Bad Homburg vor der Höhe, S. 223 – 237.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.) (1995): Zahlenfibel. BeitrAB 101. Nürnberg.
- Karr, Werner (1997): Die konzeptionelle Untererfassung der Langzeitarbeitslosigkeit. In: MittAB 1, S. 37 – 46.
- Koller, Barbara / Nagel, Elisabeth / Blaschke, Dieter (1992): Zur beruflichen Integration von Aussiedler/innen – Verlauf und Probleme. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beiheft 10. Stuttgart.
- Koller, Barbara (1992): Integration in die Arbeitswelt im Westen. Zur beruflichen Eingliederung von Übersiedlern aus der ehemaligen DDR. In: MittAB 2, S. 168 – 191.
- Koller, Barbara (1993): Aussiedler nach dem Deutschkurs: Welche Gruppen kommen rasch in Arbeit? In: MittAB 2, S. 207 – 221.
- Koller, Barbara (1995a): In einem anderen Land. Die soziale und berufliche Integration von Aussiedlern in Deutschland. Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 2, 1995.
- Koller, Barbara (1995b): Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen für Aussiedler. Freundliche Begrüßungsgeste oder unverzichtbare Eingliederungshilfe? In: MittAB 1, S. 109 – 128.
- Kühn, Günter (1991): Berufliche Eingliederung von Aussiedlern. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Nr. 2, S. 39 – 41.
- Lüttinger, Paul (1989): Integration der Vertriebenen. Frankfurt/Main.
- Münz, Rainer / Ohliger, Rainer (1997): Deutsche Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa, Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse ethnisch privilegierter Migration. Berlin.
- Parsons, Talcott (1964): Beiträge zur soziologischen Theorie. Neuwied.
- Rautenberg, Hans-Peter (1988): Deutsche und Deutschstämmige in Polen – eine nicht anerkannte Volksgruppe. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50.
- Rudolph, Helmut (1996): Befristete Beschäftigung von jüngeren Arbeitnehmern stark gestiegen. IABkurzbericht Nr. 1.
- Schierholz, Henning (Hrsg.) (1991): Fremde in der Heimat. Zur Situation von Aussiedler/innen in Deutschland. Loccum Protokoll 11/91. Rehburg-Loccum.
- Seifert, Wolfgang (1996): Neue Zuwanderergruppen auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt. In: Soziale Welt, Nr. 2, S. 181 – 201.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1994a): Statistisches Jahrbuch 1994. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1994b): Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997): Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Treibel, Anette (1990): Migration in modernen Gesellschaften. Weinheim und München.
- Watrinet, Gertrud (1982): Die wirtschaftliche Eingliederung. In: AWR-Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem (Hrsg.): Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland – Anpassung, Umstellung, Eingliederung. 2. Ergebnisbericht. Bad Homburg vor der Höhe, S. 201 – 222.
- Weick, Stephan (1996): Zuwanderer in Deutschland optimistisch. In: ISI Informationsdienst Soziale Indikatoren Nr. 16.
- Werner, Heinz (1996): Befristete Zuwanderung von ausländischen Arbeitnehmern. Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Ost-West-Wanderungen. In: MittAB 1, S. 36 – 53.
- Westphal, Manuela (1997): Aussiedlerinnen. Geschlecht, Beruf und Bildung unter Einwanderungsbedingungen. Bielefeld.